Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 46**, und die Post zu beziehen. — **Abonnementspreis** vierteljährlich **3.00**, monatlich **1.00 Mk.**

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum **40 Pfg.**, Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen **30 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **45 Pfg.** — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 125. **Freitag, den 31. Mai 1918.** **25. Jahrg.**

Der neue Angriff.

Von Richard Gädke.

Nach längerer Zeit der Ruhe hat der deutsche Angriffsfeldzug von neuem begonnen, zunächst in einem neuen Raume zwischen Soissons und Reims. Es schließt sich übrigens unmittelbar an den linken Flügel der Armee von Boehn an, die zwischen dem 6. und 9. April östlich der Oise vorstürmte und die Franzosen dort über den Oise-Aisne-Kanal zurückwarf. Dieser weitausschauende Stoß verfolgte also einen doppelten Zweck: zunächst den linken Flügel der Armee von Hutier gegen Flankenangriffe von Osten her sicherzustellen, sodann aber auch den rechten Flügel des neuen Angriffs zu stützen und sein Vordringen zu erleichtern. Die Armee von Boehn bildet das Verbindungsglied zwischen dem alten und dem gegenwärtigen Angriff; die deutsche Angriffsfront dehnt sich nunmehr, wenn wir von dem vorläufig noch gesonderten Kampffeld in Flandern absehen, von Arras über Albert, Amiens und über die Oise hinüber bis in die Gegend von Reims in einer Frontbreite von etwa 180 Kilometer aus. **Von allen Schlachten der Welt hat nur die von Mukden im März 1905 eine ähnliche Ausdehnung erreicht;** doch sind diesmal aller Wahrscheinlichkeit nach sehr viel stärkere Kräfte am Werk.

Aus den knappen Mitteilungen des Frühberichts vom 28. Mai läßt sich noch nicht ersehen, welche Bedeutung die neuen Angriffe der Heeresgruppe Kronprinz im Rahmen des Gesamtfeldzuges in den Plänen des Feldmarschalls von Hindenburg zukommt. Erst der Fortgang der Ereignisse kann darüber Klarheit bringen, ob es ein selbständiges Unternehmen ist, ob es zur Ablenkung und Täuschung des Gegners dient oder ob es die Einleitung zu noch größeren Schlägen sein soll.

Beachtenswert ist immerhin, daß am gleichen Tage sich auch die Artilleriekämpfe in Flandern und an der Lys zu beiden Seiten der Somme und an der Avre verschärft haben. Wer die Sprache unserer Heeresberichte kennt, darf immerhin annehmen, daß die Kämpfe der gegeneinander aufgehäuften Geschützmassen, die niemals abreißen, am 27. Mai eine recht erhebliche Stärke erreicht haben.

Zwei Dinge sind schon jetzt klar. Zunächst um einen rein örtlichen Vorstoß unserer Truppen handelt es sich hier bestimmt nicht; ein Angriff in der zusammenhängenden Breite von 80 Kilometer ist unter allen Umständen eine Schlacht und wird um höherer Ziele willen unternommen, als nur um einen Raumgewinn von einigen Kilometern zu erzielen, einen Höhenrücken zu erstürmen, und sei es auch der viel und blutig umkämpfte Damenweg.

Sodann, die Feinde sind wieder einmal gründlich überrascht worden, der Verlauf des ersten Schlachttages spricht dafür, schon in den letzten Tagen klagten ihre Militärschriftsteller, daß man aus den Vorbereitungen der Deutschen die Richtungen ihres neuen Stoßes nicht erkennen könne. Sie trösteten sich aber damit, daß die Zahl der Möglichkeiten eine beschränkte sei, so daß der Oberbefehlshaber Foch in keinem Falle werde überrascht werden. Nun scheint doch ein Fall eingetreten zu sein, auf den er nicht gefaßt war. Dafür spricht, daß unsere Truppen dort auf Engländer gestoßen sind, wie der französische Heeresbericht erwähnt. Uebrigens wurden diese schon am 2. Mai durch unsere Truppen bei La Neuville, nordwestlich Reims, festgestellt. Die Gesamtlage zwingt zu der Annahme, daß dies abgekämpfte Divisionen waren; die man an einer scheinbar ruhigeren Front einsetzen wollte.

Zur Ueberraschung des Gegners hat beigetragen, daß die Deutschen ihrem bewährten Verfahren treu geblieben sind, den Angriff nicht durch ein vieltägiges Geschützfeuer vorbereiten zu lassen, erst in der Nacht vom 26. zum 27. Mai hat der Artilleriekampf begonnen und am frühen Morgen des 27. scheinen unsere Sturmtruppen dann vorgebrochen zu sein. Sie haben in einem Zuge den Höhenrücken des Damenweges in seiner ganzen Ausdehnung, das will sagen, vom Walde von Pinon westlich bis Craonne, östlich dem Feinde entrissen.

Hier wird es angebracht sein, einen Blick auf die vorhergehende Schlacht an der Aisne zu werfen, in der vor 13 Monaten die Franzosen die Angreifer waren. Zehn Tage lang, vom 6. April 1917 an, ließen sie ihre überwältigenden Geschützmassen in immer wachsender Wut gegen die deutschen Laufgräben und gegen die deutschen Batterien arbeiten, ehe sie sich getrauten, ihr Fußvolk zum Sturme loszulassen. Am 16. April trat dieses an, ohne Zweifel mit großem Schwung. Aber der Erfolg war sehr mäßig, trotzdem die Deutschen gleichzeitig bei Arras durch die Engländer gefesselt waren und am folgenden Tage auch in der Champagne auf breiter Front angegriffen wurden. Der beabsichtigte Durchbruch mißglückte, die bereitgestellte „Verfolgungsarmee" mußte schon vom zweiten Tage an zur Ablösung der ausgebluteten Divisionen verbraucht werden; nicht einmal die völlig zertrommelte erste Linie der Deutschen wurde überall genommen, in die zweite Linie drang der Feind nur an einem Punkte ein. Der Rücken des Damenweges blieb auch in der Folgezeit im allgemeinen zwischen den Linien beider Teile. Bald begannen deutsche Gegenangriffe, durch die der Feind allmählich am großen Teil der Front wieder zurückgedrängt wurde. Schon am 20. April konnte das große Unternehmen der Franzosen unter furchtbaren Verlusten als gescheitert angesehen werden.

Durch lange Monde hindurch flammte dann der Kampf um den Damenweg wieder von neuem auf, ohne dem Gegner Erfolge zu bringen.

Erst am 23. Oktober 1917 folgte ein wuchtiger Stoß des linken französischen Flügels, wiederum nach zehntägiger Vorbereitung. Diesem gelang es, Allemant, Vardesson, Chavignon zu nehmen und bis zum 25. Oktober aus dem Pinonwalde zu verdrängen. Infolgedessen gaben wir am 2. November 1917 den Höhenrücken des Damenweges auf und verlegten unsere Stellungen auf das Norduser der Ailette.

Der Raum, um den damals sechseinhalb Monat hindurch Ströme von Blut flossen, ist nun an einem einzigen Tage von unserem Fußvolk wieder gewonnen worden, ja, unsere Infanterie ist in südlicher Richtung darüber hinaus vorgedrungen und bis an die Talhänge der Aisne gelangt.

Das ist ein Erfolg, der sich für sich allein schon sehen lassen kann, und sowohl für die sorgfältige, dem Feinde verborgen gebliebene Vorbeitung wie für die ungeschwächte Stoßkraft unseres Fußvolkes spricht.

Der Fortgang der Dinge wird nun abzuwarten sein.

Im Vormarsch auf die Marne.

Die deutschen Truppen nähern sich jetzt wieder dem Gebiet, wo im Herbst 1914 der deutsche Vormarsch zum Stillstand kam. Sie stehen bereits südwestlich von Reims und nähern sich der Marne. Der gestrige Abendbericht meldet hierüber:

WTB Berlin, 30. Mai, abends. (Amtlich.)
Südlich Fere-en-Tardenois nähern wir uns kämpfend der Marne.

Ueber den dritten Kampftag meldet Wolff noch:

Unaufhörlich, einander fast überstürzend, gingen auch am dritten Schlachttage Berichte von neuen Erfolgen ein. — Soissons ist genommen! — Die Brandenburg-Pioniere stürmten in die Stadt, verhinderten die Zerstörung der Brücken durch den Feind und erbeuteten zahlreiche, unversehrte Vorräte. Weiter oberhalb wurde der Aisne-Uebergang erkämpft und das Plateau südlich von Soissons erreicht. Bei Ciry mußte ein **geschlossenes französisches Bataillon die Waffen strecken.** Hampteuil und Branges wurden nach hartem Kampfe genommen. Loupeigne, Moreuil, Dravegny durchschritten. Bei Jonchery wurde die Vesle überwunden, Thierry besetzt. Im Laufe des Tages wurde mehrfach hartnäckiger Widerstand an stark verdrahteten alten rückwärtigen Stellungen gebrochen und der Feind bis über die Linie Villemontoire—Fere-en-Tardenois zurückgeworfen und damit ein großer Teil der Straße Chateau-Thierry—Soissons besetzt. Ein starker französischer Gegenangriff, von Tanks und Schlachtfliegern unterstützt, scheiterte unter hohen Feindverlusten. Sofort nachfolgende Infanterie entriß dem Feinde weiteres Gelände. Auf dem östlichen Teile des Kampffeldes fielen die Forts der Nordwestfront (nicht Nordostfront, wie wir gestern irrtümlich meldeten. Red.) von Reims, wurde Betheny genommen.

Feindliche Auto- und Infanteriekolonnen wurden von deutschen Fliegern angegriffen und von der Artillerie zusammengeschossen. **Die Beute an Gefangenen, an Artillerie- und Kriegsmaterial wächst beständig.** Das rasche Vordringen der deutschen Sturmtruppen ließ dem Feinde keine Zeit, die ungeheuren Vorräte und Werte aus dem bedrohten Gelände zurückzuführen. Südlich La Ville au Bois fielen allein **33 Feldgeschütze,** von denen 8 durch Volltreffer beschädigt waren, in unsere Hand. Nördlich Breuil-sur-Vesle wurden **zwei unversehrte Eisenbahngeschütze** und Lokomotiven erbeutet. Im Vesle-Tal blieben zahlreiche schwere und leichte Geschütze stehen. Bei Pinon eroberten die Deutschen **eine voll verwendungsfähige** französische **14,5-Zentimeter-Batterie** samt Munition und schweren Kraftwagen. **Westlich Reims fielen mehrere Eisenbahnzüge mit Lokomotiven und Geschützen** in deutsche Hand.

Die Einwohner der unzerstörten Dörfer sind auf wilder Flucht ins Innere. Die wenigen Zurückgebliebenen sind in fassungsloser Wut auf die Engländer, denen sie die Schuld an der Niederlage zuschreiben. Auffällig ist die geringe Zahl der deutschen Verwundeten.

In Flandern richtete der Feind lebhafte Feuerüberfälle auf das Kemmelgebiet. Vom Nieppe-Walde bis Lens hielt überall gesteigerte Feuertätigkeit an. Am Abend nahm das Artilleriefeuer an der ganzen Front zu und blieb auch zeitweise nachts äußerst lebhaft. An zahlreichen Frontstellen wurden feindliche Patrouillenvorstöße blutig abgewiesen und Gefangene gemacht. Die eigene Artillerie führt erfolgreich ihr Wirkungsschießen durch. In Douai fielen wiederum feindlichen Bombenabwürfen französische Einwohner zum Opfer. Auch an der Front von Montdidier steigerte sich die Feuertätigkeit. Feindliche Bereitstellungen wurden durch unser Vernichtungsfeuer zerschlagen. Mehrere Munitionsdepots des Gegners wurden in Brand geschossen.

Zwischen Maas und Mosel drangen unsere Patrouillen teilweise bis zur vierten Linie in die feindlichen Stellungen, fügten dem Gegner erhebliche Verluste zu und kehrten mit Gefangenen zurück.

*

Die gegnerischen Berichte.

Französischer Heeresbericht vom 29. Mai, nachmittags. In der Nacht verstärkte sich der durch Ankunft frischer Reserven in Fluß gehaltene deutsche Stoß besonders an beiden Flügeln in der **Richtung auf Soissons und Reims.** Auf dem linken Flügel gingen die französischen Truppen kämpfend schrittweise bis zum Waldrande östlich von Soissons zurück, **wo die Schlacht mit Erbitterung anhält.** Auf dem rechten Flügel zogen sich die französischen und englischen Truppen nach kräftiger Verteidigung auf die Massive von St. Thierry südlich und südöstlich von diesen Höhen zurück; sie stehen zwischen Vesle und Aisne-Kanal. Andere Kämpfe spielten sich mit wechselnden Erfolgen auf dem südlichen Ufer der Vesle ab, dessen Höhen unsere Truppen mit bewunderungswürdiger Tapferkeit verteidigen. Westlich von Montdidier brachen Amerikaner nach einander zwei gegen Cantigny gerichtete deutsche Angriffe. Der Artilleriekampf bleibt auf beiden Maasufern, in der Woevre und an der lothringischen Front und im Abschnitt von Embermenil lebhaft. Eine Reihe deutscher Handstreiche nördlich von Bezonvaux, in der Gegend von Badonvillers und in der Gegend des Rhein-Rhone-Kanals scheiterten im französischen Feuer.

Französischer Heeresbericht vom 29. Mai, abends. **Die Schlacht nahm besondere Heftigkeit an.** Auf unserem linken Flügel in der Gegend von Soissons haben unsere Truppen nach erbittertem Widerstande in Straßenkämpfen, die die Anstrengungen des Feindes während mehrerer Stunden aufhielten, die Stadt geräumt, von welcher sie noch die Westausgänge besetzt halten. Im Süden und Osten Soissons spielte sich die Schlacht auf den Hochflächen ab, welche von Belleu, Sept-Monts, Andrier und Chacrise begrenzt werden, während wir unter dem Druck des Feindes in der Gegend von Loupeigne im Norden der Fere-en-Tardenois Boden verloren. Weiter östlich gelang es französisch-englischen Truppen, ihre Stellungen an der Linie Brouillet-Savigny-Tilloy zu behaupten. Auf dem rechten Flügel wurden die Truppen, die Reims decken, hinter den Aisne-Kanal nordwestlich der Stadt zurückgenommen.

Englischer Heeresbericht vom 29. Mai, morgens. Wir führten in der letzten Nacht ein erfolgreiches Unternehmen südöstlich von Arras durch, wobei wir Gefangene machten und ein Maschinengewehr erbeuteten. Während der Nacht wurden westlich von Merville Gefangene von uns gemacht. Ein Unternehmen, das der Feind bei Givenchy, Lens und La Bassee versuchte, wurde vereitelt. Ebenso wurde nach kurzem Kampfe ein feindlicher Angriff gegen einen unserer Posten südlich des Ypern-Comines-Kanals zurückgeschlagen. Die feindliche Artillerie war tätig nördlich von Albert, in der Nähe von Aillette, östlich von Robecq und nordwestlich von Merville; sie zeigte auch etwas erhöhte örtliche Tätigkeit östlich von Arras und südlich von Lens.

Englischer Bericht vom 29. Mai, abends. Eine feindliche Streifabteilung wurde während der Nacht bei Beaumont vertrieben. Ein örtlicher feindlicher Angriff nördlich vom Kemmel wurde von den Franzosen vollkommen abgeschlagen. Sonst ist von der britischen Front nichts zu berichten.

Englischer Heeresbericht vom 30. Mai, morgens. Während der Nacht griff der Feind einen starken Punkt nordwestlich Festhubert an und wurde vollständig abgewiesen. Wir führten eine erfolgreiche kleine Unternehmung in der Nähe von Merris aus und verbesserten etwas unsere Linie. Bei diesen Zusammenstößen brachten wir einige Gefangene und ein Maschinengewehr ein. Eine Abteilung unserer Truppen überfiel in der letzten Nacht feindliche Gräben bei Locon und brachte einige Gefangene zurück. Die feindliche Artillerie war tätig östlich Villers-Bretonneux und in den Abschnitten von Linges und Bobecq.

*

Die Lage ist ernst.

Die Pariser Presse wird durch die Offensive voll und ganz in Anspruch genommen. Sie bespricht die weiteren Fortschritte in sachlicher Weise. **Die Lage wird als ernst betrachtet.** Vor allem ist eine gewisse Verwunderung erkenntlich darüber, daß **die französischen Reserven den Vorstoß noch nicht verlangsamten.** Der „Temps" erklärt, die Lage besserte sich in den letzten Stunden leider nicht. Die Flügel bei Reims und Soissons mußten ebenfalls nachgeben. „Journal des Debats" hält die Lage von Reims für sehr gefährdet und meint, wenn es den Deutschen gelinge, im Südwesten der Stadt vorzustoßen, dann müßte der deutsche Erfolg eine ganz neue Bedeutung bekommen. Die deutsche Operation sei ausgezeichnet geleitet, wenn auch Gegenstößen ausgesetzt. Einige Zeitungen, wie „Liberte", verraten einen gewissen gereizten Ton gegenüber den militärischen Stellen. „Populaire" verlangt Aufklärung, warum so wichtige Stellen wie der Chemin des Dames nicht besser besetzt waren.

Der „Secolo" meldet aus dem französischen Hauptquartier: General Foch hoffe zuversichtlich, wie er fremden Vertretern mitteilte, den neuen deutschen Stoß **in längstens fünf Tagen zum Stillstand gebracht zu haben.**

Gegenüber diesen gefährlichen Prophezeiungen ist Clemenceau der Ansicht, daß die Franzosen mit einer weiteren Aufgabe von Gelände rechnen müßten. Dem „Echo de Paris" zufolge hat er sich Abgeordneten gegenüber über die Lage wie folgt ausgesprochen: **„Bis zum Eintreffen starker amerikanischer Kontingente** seien die Alliierten dazu gezwungen, das Vordringen der Deutschen aufzuhalten. Diese Aufgabe falle insbesondere den französischen Truppen zu. Deshalb sei es aber auch die Pflicht der Franzosen, ihre Reserven zu schonen und den Feind solange im Schach zu halten, wie möglich. So mißlich es sei, so werde **man doch aus diesem Grunde mit der Aufgabe von Gelände rechnen müssen."**

Was der Krieg bringt.

Scheitern italienischer Angriffe.

Wien, 30. Mai. (Amtlich.) Die Kämpfe im Tonale-Gebiet dauern an. Auch im Adamello-Gebiet steigerte sich das feindliche Artilleriefeuer. Mehrere feindliche Angriffe auf unsere Stellungen südlich des Presena-Gletschers wurden abgeschlagen. Ein feindlicher Erkundungsversuch über die Piave nördlich St. Dora mißlang.

Rückkehr der nach Rußland Verschleppten.

In Memel trafen mit dem Dampfer „Byrute" 76 nach Rußland verschleppte Memeler Bürger ein und wurden von der Behörde feierlich empfangen. Von den aus dem Kreis Russisch-Krottingen verschleppten 500 Personen sind bisher 132 zurückgekehrt.

Rege Tätigkeit der deutschen Flieger.

WTB. Paris, 30. Mai. Amtlich. (Havasmeldung.) Am Mittwoch abend zeigte der Feind große Luftätigkeit. Er warf Bomben auf verschiedene Ortschaften hinter der Front. Einige Flieger wurden nach Paris fliegend gemeldet. Der Alarm wurde um 11 Uhr gegeben. Durch die in Tätigkeit gesetzten Verteidigungsmittel überflog ein feindliches Flugzeug das Artilleriesperrfeuer. Das Innere von Paris wurde nicht überflogen. Einige Bomben wurden auf die Bannmeile geworfen. Ein feindlicher Flieger, der von den Schüssen der Verteidigungsbatterien erreicht wurde, wurde brennend abgeschossen. Um 12,34 Uhr war der Alarm beendet.

Neuer Oberbefehlshaber in den Marken.

Der Kaiser ernannte den Generaloberſten v. Linsingen, bisher Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Linsingen, mit dem 1. Juni für die fernere Kriegsdauer zum Oberbefehlshaber in den Marken.

Rücktritt Dernburgs von der Leitung der Ukraine-Außenhandelsstelle.

Der Staatssekretär v. Dernburg, der als Leiter der nach dem Friedensschluß mit der Ukraine für den Handelsverkehr von Staat zu Staat geschaffenen Außenhandelsstelle diese schwierigen, wechselvollen Fragen bearbeitete, ist vom Reichskanzler auf seinen Antrag von dem ehrenamtlich übernommenen Posten entbunden worden. Was ist der Grund?

Die ukrainisch-großrussischen Verhandlungen.

Die Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Großrußland sind bisher über Formfragen nicht hinausgekommen. Der ukrainische Ministerrat beschloß, bei den Friedensverhandlungen die Ukraine als Staat zu nennen und nur in ukrainischer Sprache zu verhandeln.

Der Sowjetvertreter in Helsingfors ausgewiesen.

Aus Helsingfors wird gemeldet, daß der angebliche Gesandte der Sowjetregierung im Moskau, Korenko, aus Helsingfors ausgewiesen, und daß in seiner Kanzlei eine Haussuchung vorgenommen worden sei.

Holländischer Widerspruch gegen die deutsche Prisenordnung.

Auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten v. Hamel vom 11. Mai, ob die vom 24. April 1918 datierte Aenderung der deutschen Prisenordnung auch auf Holland Anwendung finden werde und, wenn dies der Fall sei, was die Regierung getan habe oder zu tun beabsichtige, um für die Rechte, die Sicherheit und die Interessen der holländischen Schiffe, insbesondere soweit der rein neutrale Verkehr oder der Verkehr mit den Kolonien in Betracht komme, aufzukommen, hat der holländische Minister des Aeußern am 27. Mai geantwortet: Bevor gegen die Aenderung des Artikels 55c, der nach dem Urteil der Regierung durchaus **in Widerspruch mit dem Völkerrecht sei**, Protest eingelegt würde, hat der Minister des Aeußern den holländischen Gesandten in Berlin beauftragt, sich zu vergewissern, ob die deutsche Regierung beabsichtige, diese Bestimmung auch **auf holländische Schiffe unter holländischer Flagge** anzuwenden, und im Falle diese Frage bejaht werde, ob diese Schiffe **ohne Warnung angegriffen und versenkt** werden würden. Nach Ansicht des Ministers des Aeußern könne mit dem Ausdruck „Handelsflotte der neutralen Staaten" ausschließlich die unter neutraler Flagge fahrende Flotte des neutralen Staates gemeint sein. Aber auch dann, wenn diese Worte nicht so interpretiert werden müßten, halte der Minister des Aeußern die Bestimmung auf holländische Schiffe **nicht für anwendbar, da mehr als die Hälfte des holländischen Schiffsraumes von den Alliierten in Gebrauch genommen worden sei.** Die deutsche Regierung hat dem holländischen Gesandten in Berlin auf diese Frage mitgeteilt, daß sie die Aenderung der Prisenordnung für die holländische Schiffahrt für anwendbar halte, da nach Abzug der holländischen Schiffe, die zurzeit nicht in Fahrt seien, mehr als die Hälfte des holländischen Schiffsraumes von den Alliierten beschlagnahmt worden sei. Trotzdem fügte die deutsche Regierung hinzu: Erstens: Es handelt sich **nicht um Angriffe ohne Warnung oder um Versenkung** außerhalb der sogenannten unsicheren Zone. Zweitens: Insofern die Schwierigkeiten von deutscher Seite ausgingen, würden sie zum Wegfall kommen, wenn eine Vereinbarung über die Bedingungen getroffen würde, unter denen Deutschland bereit sei, holländischen Schiffen einen Geleitschein zu gewähren, der im voraus sichere Fahrt verbürgen werde. Da aus der Antwort hervorging, daß die Aenderung der Prisenordnung sich auch **unmittelbar gegen die holländische Schiffahrt richte**, hat der holländische Minister des Aeußern den holländischen Gesandten in Berlin beauftragt, **energisch gegen diese Bestimmung bei der deutschen Regierung zu protestieren.** Der Minister des Aeußern ersuchte Baron Gevers, darauf hinzuweisen, daß die Vorschrift einen **Verdacht neutralitätswidriger Unterstützung des Feindes enthalte**, der jeder völkerrechtlichen Grundlage entbehrt. Die Tatsache, daß die alliierten Regierungen einen Teil der holländischen Schiffe beschlagnahmt hätten, um sie unter der Flagge eines Kriegführenden in Fahrt zu bringen, liefert nicht den geringsten Beweis, daß der übrige Teil, der unter neutraler Flagge fahre, sich neutralitätswidrige Unterstützung schuldig mache oder auch nur — um die Formulierung des Artikels 55c anzuwenden — im Interesse der feindlichen Kriegführung in Fahrt gebracht worden sei. Diese unbegründete Umkehrung der Beweisführung würde selbst bei einer unparteiischen Anwendung durch die Prisengerichte die niederländische Schiffahrt außerordentlichen Nachteilen aussetzen, da die Aufbringung und das prisengerichtliche Verfahren Verzögerungen zur Folge habe. Dazu kommt noch, daß die Bestimmung nicht erst nach einem bestimmten Termin, sondern sofort in Kraft tritt, und daß nicht einmal analog eine Ausnahme von Schiffen, die ohne Kenntnis der neuen Vorschriften ausgefahren waren, gemacht worden sei. Der Minister des Aeußern beauftragte den Gesandten, hinzuzufügen, daß die Regierung von der Erklärung der deutschen Regierung, wonach die Schwierigkeiten durch den Abschluß einer Vereinbarung über die Gewährung von Geleitscheinen an holländische Schiffe aufgehoben werden würden — über diese Vereinbarung sind jetzt Besprechungen im Gange — so daß in der Praxis die holländischen Schiffe von der Aenderung der Prisenordnung vermutlich nicht betroffen werden würden, Kenntnis genommen habe. Trotzdem halte sie sich für verpflichtet, sich **prinzipiell gegen die neuen Vorschriften zu wenden.** Wie entgegenkommend die Haltung der deutschen Regierung bei der Vereinbarung über die sogenannten Geleitscheine auch sein möge, **die Unrechtmäßigkeit der neuen Vorschriften würde dadurch nicht aufgehoben.**

Von deutscher Seite wird dazu erklärt, daß die Verschärfung unserer Prisenordnung eine durch den Ententerauh neutraler Schiffe veranlaßte Schutzmaßnahme sei, um den Schaden, der durch die Dienste neutraler Tonnage für den Feind uns erwachse, möglichst einzuschränken.

Die Gewaltpolitik Clemenceaus gegen die Arbeiterführer.

Die Verhaftungen in den Pariser Gewerkschaften und Arbeiterführerkreisen nehmen, den Pariser Zeitungen zufolge, **immer größeren Umfang an.** Jenhaux, Führer der Confederation Generale du Travail, beschwert sich in der „Bataille" über die Gewaltpolitik Clemenceaus. Auch Renaudel greift in der „Humanite" Clemenceau an und sagt, die Gerüchte über die Umänderung des Kabinetts sind nicht von Feinden, sondern Freunden Clemenceaus ausgestreut worden. Die Gewaltpolitik Clemenceaus könne nicht fortdauern. Man habe nicht einmal der Presse erlaubt, die Wahrheit über die Gründe des kürzlichen Ausstandes der Arbeiterschaft zu sagen. Die Brutalität, mit der gegen die Arbeiterschaft vorgegangen werde, sowie gewisse diplomatische Handlungen Clemenceaus hätten zum Ausstande geführt.

Neue Schlachtopfer.

In England sind die Einberufungen der Männer im Alter von 48 bis 49 Jahren verfügt worden.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 30. Mai. (Amtlich.) **Durch unsere Uboote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz neuerdings 9500 Brutto-Registertonnen feindlichen Handelsschiffsraumes versenkt.**

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Versenkte Truppentransportschiffe.

Die britische Admiralität meldet: Der Transportdampfer „Leasone-Castle" (9737 Tonnen) ist im Mittelmeer am 25. Mai durch ein feindliches Torpedoboot torpediert und gesunken. Neun Angestellte der Gesellschaft werden vermißt. Man nimmt an, daß sie ertrunken sind einschließlich des Kapitäns und zweier Funkentelegraphisten. Weiter werden 13 Militärs im Offiziersrang und 79 anderer Grade vermißt.

Einer amtlichen Meldung des japanischen Kriegsministeriums ist zu entnehmen, daß am Abend des 31. März ein Truppentransportdampfer im Mittelmeer aus einem von japanischen Torpedobooten geschützten Geleitzug herausgeschossen und so schwer beschädigt wurde, daß das Schiff sank. 400 Mann von den an Bord befindlichen Truppen sollen von den japanischen Zerstörern gerettet sein.

Ein Fehlschlag der amerikanischen Kriegshetze.

Genosse Louis Werner, der seit fast 40 Jahren Chefredakteur des sozialistischen Philadelphia Tageblattes ist, wurde Ende vorigen Jahres mit dem gesamten Redaktionspersonal wegen „Treason" (sprich: Triesn=Hoch- und Landesverrat) verhaftet. Jetzt ist er mit seinen Genossen vom Schwurgericht freigesprochen worden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Neuwahl des Reichstagspräsidenten.

Dem „Berl. Tgbl." zufolge werden die Fraktionen des Reichstages erst am Dienstag kommender Woche, beim Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten, zu Beratungen über die Neuwahl des Reichstagspräsidenten zusammentreten. Die Wahl des neuen Reichstagspräsidenten dürfte also erst in der Sitzung vom 5. Juni stattfinden. Das Zentrum hat endgültig beschlossen, dazu den Abgeordneten Fehrenbach zu präsentieren.

Wie „gearbeitet wird" wird.

Unter dieser Ueberschrift meldet das offiziöse Wolffsche Telegraphen-Bureau:

Interessante Aufschlüsse über die **landesverräterische Tätigkeit eines deutschen Fahnenflüchtigen** in der Schweiz ergab eine Haussuchung, die die Polizei Ende April bei dem der **sozialdemokratischen Jugendorganisation** angehörigen **16jährigen Georg Müller** in Berlin-Friedenau vorgenommen hat. Es zeigte sich, daß ein gewisser Lewinsohn, der vor dreiviertel Jahren in die Schweiz desertiert und dort der internationalen sozialistischen Jugendorganisation beigetreten war, zahlreiche Versuche unternommen hatte, durch Geheimschrift in äußerlich harmlosen Briefen den revolutionären Gedanken gerade in Jugendkreisen nach allen Kräften zu fördern. Eine umfangreiche Korrespondenz und viele **revolutionäre Hetzschriften** und Flugblätter fielen der Polizei in die Hände. Auch wurden ihr zahlreiche Deckadressen bekannt, die Lewinsohn angegeben hatte, um seinerseits unauffällig Nachrichten aus Deutschland zu bekommen und so eine dauernde Verbindung mit seinen Gesinnungsgenossen herzustellen. Müller, **ein noch unreifer Knabe**, war völlig geständig, Lewinsohn mehrfach den Empfang von Sendungen bestätigt und ihm auch seinerseits revolutionäres Material (Streikberichte, Flugblätter usw.) zugesandt zu haben.

Der Fall zeigt wieder deutlich, wie gewissenlos die Hetzer im Auslande arbeiten, indem sie sich nicht scheuen, **unreife, phantastische Jünglinge**, die nicht ermessen können, welch namenloses Elend eine Revolution für unser Volk mit sich bringen würde, für ihre hochverräterischen Zwecke auszunutzen.

Der Bericht des W. T. B. ist durchaus geeignet, beruhigend zu wirken, zumal er selber zugibt, daß es sich nicht um mehr handelt als um eine Kinderei. Auch die Unabhängigen erklären bekanntlich, daß sie den Sieg der Entente nicht wollen können, und schwerlich gibt es in Deutschland viel Erwachsene, die Deutschland der Entente gegenüber in die Lage bringen wollen, in die Rußland Deutschland gegenüber geraten ist. Die Entdeckung der Polizei kann daher weder zu einer Hetze gegen bestimmte politische Richtungen noch zu drakonischen Maßregeln Anlaß bieten.

Ein Wahlrechtskompromiß?

Wie die „Tägliche Rundschau" zuverlässig erfahren haben will, ist am Sonnabend auf Grund eingehender Verhandlungen zwischen den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen unter Ausschaltung des Zentrums in der preußischen Wahlrechtsfrage ein Kompromiß zustande gekommen, wonach das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit einer politischen „Sicherung" von zwei Zusatzstimmen zur Annahme gelangen soll. Die erste Zusatzstimme ist eine Altersstimme und wird durch die Erreichung des vierzigsten Lebensjahres erworben. Die zweite Zusatzstimme wird an die wirtschaftliche Selbständigkeit gebunden. Abgeschlossen wurde dieses Kompromiß namens der Nationalliberalen durch die Abgeordneten Fuhrmann und Hirsch, für die Freikonservativen durch Lüdicke, für die Konservativen durch Winckler. Wie wir weiter hören, sollen die Nationalliberalen geschlossen hinter diesen Abmachungen stehen. Damit sei eine sichere Mehrheit für die Beseitigung des Vakuums in der Vorlage gegeben.

Um die Wahlreform in Braunschweig.

In der Beratung der Wahlrechtsvorlage und der Vorlage eines Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung führte der Minister Krüger aus: Die ausgleichende Gerechtigkeit erfordert, daß diejenigen, welche jetzt Schulter an Schulter draußen kämpfen, nach ihrer Rückkehr nicht mit verschiedenem Maße gemessen werden. Auf dem politischen Gebiete, vor allem auf dem soviel umstrittenen Gebiete des Wahlrechts, soll nach der Regierungsvorlage jeder Bevölkerungsklasse Gelegenheit gegeben werden, im Landtage an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes mitzuarbeiten. Die berufsständischen Wahlen sollen beibehalten werden mit einigen Abänderungen des Bestehenden. Entgegen der Kommission, die zwar mit dem Fortfall der indirekten Wahl und des Dreiklassenwahlrechts einverstanden ist, aber durch die Einführung des Pluralwahlrechts das bodenständige Element zu stärken wünscht, erblickt die Regierung dieselbe Sicherung in der Forderung eines längeren Wohnsitzes im Herzogtum und in der Gemeinde. Die Regierung will die Verhältniswahl für die Stadt Braunschweig einführen, um alle Interessenten zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Die Regierung ist zweifelhaft, ob der von der Kommission vorgeschlagene Weg des Wahlzwanges zum Ziele führt. Wer nicht freiwillig seine Wahlpflicht erfüllt, der wird sich auch durch diesen Paragraphen nicht dazu bringen lassen. Der Minister schloß: Wir dürfen nicht auseinandergehen, ohne etwas geschaffen zu haben, was das Volk verlangen kann. Das Wohl des Ganzen sei der Leitsatz aller Verhandlungen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 31. Mai.

Höchstpreiserhöhung für Magermilch.

In der heutigen Nummer erläßt das Polizeiamt eine Bekanntmachung, nach der der Magermilchpreis auf 24 Pfg. erhöht wird. Die Erhöhung ist, wie man uns schreibt, notwendig geworden, einmal, weil in den Gebieten, die Lübeck mit Milch beliefern, höhere Preise als bisher für Magermilch gezahlt werden müssen, dann aber auch, weil es nur dadurch möglich ist, aus entfernter liegenden Gebieten Magermilch nach Lübeck zu bringen. In letzterem Falle sind die Transportkosten derartig hohe, daß bei dem bisherigen Preise von 20 Pfg. Milch aus diesen Gegenden für Lübeck überhaupt nicht in Frage kommt. Außerdem kommt in Betracht, daß bei dem Festhalten an dem bisherigen Preise zu befürchten ist, daß größere Mengen Magermilch nicht weiter nach Lübeck geliefert werden. Da im Herbst dieses Jahres infolge der stärkeren Heranziehung des Milchviehes für die Fleischversorgung der Bevölkerung mit einem starken Rückgang der Milcherzeugung zu rechnen ist, ist es unbedingt notwendig, schon jetzt die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Milchzufuhr nach Lübeck zu heben und besonders, um Ausfällen vorzubeugen.

So weit das uns zugegangene Schreiben. Wir können die Notwendigkeit dieser Erhöhung nicht einsehen. Wie wir festgestellt haben, ist die oben aufgestellte Behauptung, daß in den Gebieten, die Lübeck mit Milch beliefern, höhere Preise als bisher für Magermilch gezahlt werden müssen, in dieser Form unzutreffend. Im Fürstentum Lübeck werden vom Erzeuger z. B. im allgemeinen keine höheren Preise für Magermilch gefordert, ebensowenig in Schleswig-Holstein. Und aus Mecklenburg erfahren wir, daß nur in ganz vereinzelten Fällen eine Preiserhöhung für Magermilch eingetreten ist. Als wir mit einem angesehenen Milchproduzenten in Mecklenburg diese Angelegenheit besprachen, erklärte er dem Schreiber dieses auf seine Bemerkung, daß ihm ein Fall bekannt sei, wo eine Erhöhung des Magermilchpreises durch den Produzenten in Mecklenburg eingetreten sei: **„Denn is dat woll eener von de, de denn Rachen nich vull kriegen könnt."** Er erklärte uns weiter, daß der heute an den Erzeuger gezahlte Magermilchpreis selbst unter Berücksichtigung der schwierigsten Umstände ein **ausverschämt hoher und durch nichts zu begründender sei.**

Unter diesen Umständen ist die **Erhöhung des Magermilchpreises** — die von der Gemeinnützigen Milchversorgung, soweit wir unterrichtet sind, stark gefördert wurde — **durchaus unberechtigt.** Sie belastet wieder weite Kreise des lübschen Volkes zugunsten bestimmter Interessentengruppen und erleichtert die ohnehin schon enorm schwierige Lebenshaltung der minderbemittelten Volkskreise gewiß nicht. Das aber sollte heute die Aufgabe einer weitsichtigen Regierung sein!

Im übrigen: Wie lange wird es dauern, bis auch der Vollmilchpreis erhöht wird? Man wird entdecken, daß er in gar keinem Verhältnis zum jetzigen Magermilchpreis steht und deshalb unbedingt erhöht werden muß. So treibt ein Keil den andern. Die Produzenten und Interessenten stellen ihre Forderungen; man bewilligt sie ihnen, um sie zur Pflichterfüllung — denn um nichts anderes handelt es sich in der jetzigen Kriegszeit bei der Volksernährung — anzureizen. Wo aber das Volk, wo die

Kriegerfrauen, Kriegerwitwen, wo die Rentenbezieher und die sonstigen minderbemittelten Kreise die Mittel für die von Tag zu Tag steigende Lebenshaltung hernehmen sollen, darnach fragt niemand. Es wird im Interesse Deutschlands die höchste Zeit, daß man endlich auch Konsumenten- und nicht immer nur Produzentenpolitik treibt.

Als ein schwerer Uebelstand

ist es von weiten Kreisen der Bevölkerung empfunden worden, daß diejenigen, die dringend eines Paares Stiefel oder Schuhe bedurften, sich stundenlang anstellen mußten. In der Mehrzahl der Fälle erhielten sie dann, weil nur ein kleiner Teil Schuhwerk zum Verkauf stand, auch noch nichts. Sie mußten warten, bis in irgend einem Geschäft, wieder Schuhwerk eingetroffen sein sollte und dann ging die Jagd und das stundenlange Warten wieder los. Ein solcher Zustand ist unhaltbar; unter allen Umständen muß da für Abhilfe gesorgt werden. Wie uns nun bekannt ist, beschäftigen sich augenblicklich die maßgebenden Stellen mit der Frage der Regelung der Schuhversorgung. Ihnen kann es nur angenehm sein, zu erfahren, wie in anderen Städten die Sache gehandhabt wird. Heute liegt dafür ein Beispiel aus Elberfeld vor. Dort hat der Oberbürgermeister folgende Bekanntmachung erlassen:

Um eine ungerechtfertigte Bevorzugung bei der Verteilung des den Schuhwarenhändlern nur in sehr geringer Zahl zum Verkauf zur Verfügung stehenden bedarfsscheinpflichtigen Schuhwerks zu vermeiden und das bisherige Aufstellen und stundenlange Warten vor den Geschäften zu verhindern, wird der Verkauf dieser Schuhwaren innerhalb des Stadtkreises Elberfeld wie folgt geregelt:

1. Sämtliche Schuhwarenhändler führen vom 1. Juni d. Js. ab eine Anmeldeliste für bedarfsscheinpflichtige Schuhwaren mit folgenden Angaben: „Datum der Anmeldungen, Vor- und Zuname und Wohnung des Anmelders, Bezeichnung ob Herren-, Damen- oder Kinderschuhe mit Angabe der Größennummer, Tag der Lieferung an den Besteller." Die Prüfung dieser Liste behält sich die Behörde vor.
2. Jeder, der ein Paar bedarfsscheinpflichtige Schuhe wünscht, beantragt diese bei einem Schuhwarenhändler, dem er die zur Ausfüllung der Liste notwendigen Angaben macht. Hierbei ist der Schuhbedarfsschein vorzuzeigen und auf diesem von dem Schuhwarenhändler die Anmeldung mit Datum und Unterschrift (Firmenstempel) zu bescheinigen.
3. Anmeldungen zum Eintragen in die Anmeldeliste können zunächst nur von denjenigen Personen angenommen werden, die im Besitze eines Schuhbedarfsscheines mit Ausstellungsdatum vom 1. April 1918 bis 15. April 1918 sind. Die Anmeldetage für die später ausgestellten Schuhbedarfsscheine werden alsbald bekannt gemacht.
4. Die Schuhwarenhändler tragen die Anmeldungen nach der Reihenfolge der Anträge in die Anmeldeliste ein und benachrichtigen die Besteller, sobald Schuhe für sie zum Verkauf bereit stehen, mittels Postkarte. Hierbei sind stets die ältesten Anträge zuerst zu berücksichtigen. Die Abgabe der Schuhe erfolgt in den betreffenden Geschäften alsdann nur gegen Abgabe des Schuhbedarfsscheines und Vorzeigen der Benachrichtigungs-Postkarte. Die Abholung der Schuhe muß innerhalb 8 Tagen erfolgt sein.
5. An Personen, die in der Liste nicht aufgeführt sind, dürfen Schuhe nicht abgegeben werden.
6. Dem Besteller steht es frei, seinen Namen in der Liste des Schuwarenhändlers und den von diesem auf dem Schuhbedarfsschein gemachten Vermerk löschen zu lassen und sich bei einem anderen Händler für den Bezug von Schuhen in der vorgeschriebenen Weise anzumelden. Die Entgegennahme der Neuanmeldung darf nur erfolgen, wenn der erste Anmeldevermerk auf dem Schuhbedarfsschein gestrichen ist.
7. Vor den Schuhgeschäften darf fortan eine Ansammlung von Personen nicht mehr stattfinden.

Wir geben zu, daß auch dieses Verfahren noch mancherlei Mängel zeitigen wird. Aber es scheint uns doch ein Weg zu sein, der die gröbsten Mißstände beseitigt. Deshalb dürfte es sich empfehlen, diesen hier vorgezeichneten Weg auf seine Durchführbarkeit zu prüfen.

Die staatlichen Hilfsarbeiter

haben wiederholt den durchaus berechtigten Wunsch geäußert, daß man auch sie bei den Teuerungszulagen in ähnlicher Weise bedenken möge, wie die Beamten und Angestellten. Diesem Verlangen gab ein Antrag des Genossen Henze Ausdruck, der im Bürgerausschuß am Mittwoch abend bei Erörterung der Kriegsteuerungszulagen für Beamte und Angestellte gestellt war und folgenden Wortlaut hatte:

Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, den Hilfsarbeitern eine ähnliche Teuerungszulage zu gewähren, wie sie den Beamten und Angestellten bewilligt sind.

Leider wurde dieser Antrag abgelehnt. Die Gründe sind uns nicht bekannt. Wir erwarten nun aber, daß die maßgebenden Stellen trotz der Ablehnung des Antrages baldigst eine Regelung treffen, die der Tendenz des Antrages Henze entspricht.

Der Bürgerausschuß empfahl in seiner letzten Sitzung folgende Senatsanträge der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung: Ankauf der Grundstücke Schildstraße Nr. 2 und 4 (Kaufpreis 57 000 Mk.) Ankauf des Grundstücks Hüxstraße Nr. 130. (Badeanstalt. Kaufpreis 54 000 Mk.) Verkauf des Grundstückes Braunstraße 34. (Kaufpreis 45 000 Mk.) Erhöhung des Ablaufberges für die Rangiergleise der Uferbahn in Dänischburg. Kriegszuschläge für Schreibgebühren. (Erhöhung derselben von 20 auf 40 Pfg. pro Seite.) Die nachstehenden Senatsanträge wurden genehmigt: Verkauf von Grundstücken am Töpferweg (575 Quadratmeter à 10 Mk.) Verkauf eines Grundstückes in Siems. (464 Quadratmeter à 2,75 Mk.) und Mietung von Räumen für das Statistische Amt. (Miete 2800 Mk.)

Kriegsteuerungszulagen für Pensionäre und Beamtenhinterbliebene. Folgender Senatsantrag beschäftigte Mittwoch den Bürgerausschuß: Im Reich und in Preußen werden seit längerer Zeit auch den im Ruhestand lebenden Beamten sowie den Hinterbliebenen von Beamten laufende Kriegsteuerungszulagen gewährt. Die Bewilligung erfolgt nur im Falle des Bedürfnisses. Das Bedürfnis soll aber immer angenommen werden, wenn Nebeneinnahmen nicht vorhanden sind oder wenn diese nicht über den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ruhegehalt und dem zuletzt bezogenen ruhegehaltsfähigen Diensteinkommen des betreffenden Beamten (bei Unterbeamten einschließlich, bei den übrigen Beamten ausschließlich des Wohnungsgeldzuschusses) hinausgehen. Bis zum 31. März 1918 betrug die Zulage mindestens 30 v. H., seitdem mindestens 50 v. H. desjenigen Betrages, der dem Beamten bei Zugrundelegung seines zuletzt bezogenen ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens zustehen würde, wenn er noch im Dienste wäre. Aus besonderen Gründen kann im einzelnen Falle über den Mindestsatz bis zur volle Höhe der Teuerungszulage hinausgegangen werden. Nach Ansicht des Senates muß auch in Lübeck den Pensionären und den Beamtenhinterbliebenen, die bei ihren geringen Bezügen von der Teuerung wesentlich härter betroffen werden als die im Dienste befindlichen Beamten, mehr als bisher zur Hülfe gekommen werden. Er empfiehlt, auch in dieser Beziehung dem Vorgange des Reichs und Preußens zu folgen und die laufenden Zulagen, deren Beantragung sich nur durch die zeitraubende Feststellung der entstehenden Kosten so lange hinausgezögert hat, nachträglich mit Wirkung vom 1. Januar 1918 ab zu gewähren. Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1918 sind für die Gewährung des Mindestsatzes rund 12 000 Mk. erforderlich. Vom 1. April 1918 ab belaufen sich die Kosten für die Gewährung des auf 50 v. H. der den im Dienste befindlichen Beamten zu bewilligenden neuen ordentlichen Zulagen erhöhten Mindestsatzes auf rund 120 000 Mk. jährlich. Für die in Fällen besonderen Bedürfnisses über den Mindestsatz der Zulagen hinaus zu gewährenden Beträge wird dem Senate eine Pauschalsumme von 16 000 Mk. zur Verfügung zu stellen sein. Hiernach stellt der Senat zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: Daß dem Senate zur Gewährung von laufenden Kriegsteuerungszulagen an im Ruhestande befindliche Beamte und Hinterbliebene von Beamten für das Rechnungsjahr 1918 ein Gesamtbetrag von 148 000 Mk. (12 000 Mk. + 120 000 Mk. + 16 000 Mk.) aus den zu „Kriegszwecken" bewilligten Mitteln zur Verfügung gestellt werde. — Der Bürgerausschuß stimmte dem Antrage zu.

Eine öffentliche Gastwirtsgehilfen-Versammlung fand in der Nacht zum Donnerstag im Lokale des Genossen Ehlers statt. Die Versammlung, die stark besucht war, wurde im Auftrage des Vorstandes des hiesigen Gewerkschaftskartells vom Genossen W. Bromme eröffnet, der darauf hinwies, daß der Verband der Gastwirtsgehilfen bereits vor dem Kriege sich eine achtunggebietende Stellung in der Arbeiterbewegung sowie im Gewerbe selbst errungen hatte. Keine Gewerkschaft sei aber vom Kriege so schwer betroffen worden, wie die der Gastwirtsgehilfen. Die meisten ihrer Mitglieder wurden einberufen. Sie stehen draußen vor dem Feind, in der Hoffnung, daß ihre Organisation zum mindesten hochgehalten wird. Deshalb sei es Zeit, wieder mit der Aufklärungsarbeit unter den Berufsgenossen zu beginnen. Der Kartellvorstand sei gern bereit, zu dem Wiederaufbau dieser Organisation das seinige beizutragen. Hierauf referierte der Verbandsvorsitzende Robert Zeiske-Berlin über „Die wirtschaftliche Lage der Gastwirtsgehilfen und die gemeinsamen Bestrebungen der Gehilfen-Verbände". In seinen Ausführungen kennzeichnete er die allgemeine gewerbliche Situation, wie sie der 45monatige Krieg zeitigte, wobei der größte Teil der gastwirtschaftlichen Geschäftsinhaber, sich den veränderten Verhältnissen anpassend, noch recht befriedigende Geschäfte machte, um dann im speziellen auf die mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten einzugehen. So haben zahlreiche Gastwirte und Cafetiers sich nicht gescheut, die Löhne von 1914 bedeutend zu reduzieren, indem sie bald nach Kriegsausbruch die vereinbarten Tarife einseitig aufhoben, sich aber gegenwärtig hartnäckig weigern, analog der gewaltigen Teuerung irgend welche Zulagen zu den niedrigen „Löhnen" zu leisten, obwohl das Publikum durch Trinkgeldleistung für die Bedienung zum Unterhalt des Personals erheblich beisteuert. Daß die Wirte in der Lage sind, ihren Angestellten einen den Verhältnissen entsprechenden Lohn zu zahlen, wies Redner an Beispielen nach, nach welchen in vielen Städten durch die Gehilfen-Organisation mit den Unternehmern annehmbare Tarifabschlüsse während des Krieges erfolgten. Andernfalls wurden die Löhne durch Bewilligung von Teuerungszulagen aufgebessert. Die Arbeitsverhältnisse seien in vieler Hinsicht verbesserungsbedürftig, wozu allerdings nur eine starke Organisation in der Lage sei, an deren Einheitlichkeit es im Gastwirtsgewerbe bedauerlicherweise mangele, da eine ganze Anzahl Gehilfenverbände nebeneinander beständen. Um diesem Uebel in etwas zu begegnen, habe sich in letzter Zeit — da eine Verschmelzung der Verbände als gegenwärtig nicht durchführbar erachtet wurde — eine Arbeitsgemeinschaft aus Vertretern der bestehenden Gehilfenorganisationen gebildet, die auch bereits mit den Arbeitgeberverbänden befriedigende Beschlüsse hinsichtlich der weiblichen Bedienung sowie der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer faßte. Die Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft laufen auf eine allgemeine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gehilfenschaft hinaus und verdienen deshalb die unbedingte Unterstützung aller Angestellten durch Beitritt derselben zur Berufsorganisation, wobei Redner zum Anschluß an den „Verband der Gastwirtsangestellten" aufforderte. — Die Diskussion, in der auch über zahlreiche Mißstände in Lübecker gastwirtschaftlichen Betrieben geklagt wurde, bewegte sich im Sinne des Referats und zeitigte die Vereinbarung, daß in Kürze die Bildung einer örtlichen Arbeitsgemeinschaft vorgenommen werden soll.

Sind Herdstangen beschlagnahmt? Nach der Korpsverordnung vom 26. März 1918 sind unter anderen Barrierestangen aller Art nebst Pfosten und Stützen, Knäufen und Roletten, Zierraten und Zierringen beschlagnahmt und enteignet, wenn sie aus beschlagnahmtem Metall bestehen (Nr. 32 des Beschlagnahmeverzeichnisses). Es wird vielfach nicht beachtet, daß Herdstangen unter diese Bestimmung fallen und daher nach der Ausführungsverordnung Nr. 5 bis zum 31. Juli 1918 bei der Metallannahme, Mengstraße 4 abzuliefern sind. Am 31. Mai läuft übrigens die Frist für die Ablieferung der Gegenstände der Reihe I ab.

Bezahlung von Postnachnahmen durch Schecke oder Ueberweisungen. Im Ober-Postdirektionsbezirk Hamburg soll ein Versuch damit gemacht werden, Postnachnahmesendungen gegen Scheck oder Ueberweisung auszuhändigen, ohne daß die Gutschrift des Schecks usw. abgewartet wird. Der Gesamtbetrag der zu gleicher Zeit bargeldlos einzulösenden Nachnahmebeträge soll mindestens 10 Mk. betragen und 100 Mk. nicht übersteigen. Anträge auf Teilnahme an der Einrichtung sind an die Postanstalten zu richten, die auch nähere Auskunft erteilen.

Feldpostbriefe. Gegen die Bestimmungen über die Portofreiheiten im Feldpostverkehr wird noch immer häufig aus Unkenntnis oder Fahrlässigkeit verstoßen. Die Gebührenvergünstigungen werden nur in Privatangelegenheit der Heeresangehörigen selbst gewährt, nicht aber, wenn weder Absender noch Empfänger Heeresangehörige sind. Es ist daher auch unzulässig, daß Militärpersonen usw. von ihren Angehörigen ausgehende Sendungen mit dem Vermerk „Feldpostbrief" versehen, auch dann, wenn sie selbst kurze Zusätze beifügen. Ebenso ist es unzulässig, daß Heeresangehörige auf den von ihnen selbst ausgehenden Sendungen an Nicht-Heeresangehörige durch andere Personen, die auf Portovergünstigung keinen Anspruch haben, Grüße oder persönliche Mitteilungen hinzufügen lassen. Verstöße gegen diese Bestimmungen werden wegen Portohinterziehung strafrechtlich verfolgt.

Ludendorff-Spende. Man schreibt uns: Reiche Spenden sind dem Arbeits-Ausschuß für die Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte aus den hiesigen Reedereien zugeflossen. Es zeichneten: Dampfschiffsreederei „Horn" A.-G. 4000 Mark, Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft 3000 Mark, Lübeck-Königsberger Dampfschiffahrts-Gesellschaft 2500 Mark, Lübeck-Bremer Dampfschiffahrts-Gesellschaft 2000 Mark, Lübeck-Wyborger Dampfschiffahrts-Gesellschaft 2000 Mark, Lübeck-Koldinger Dampfschiffahrts-Gesellschaft 960 Mark, Riga-Lübecker Dampfschiffahrts-Gesellschaft 500 Mark. — Von der Landwirtschaft zeichnete als erster Herr Gutsbesitzer Hans Borchert in Brodten 1000 Mark.

Die Gründung der Hochseefischerei-Aktiengesellschaft „Trave" ist, wie man uns schreibt, am 29. Mai d. J. unter Uebernahme des gesamten, 6 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals zu notarieller Verhandlung in Lübeck erfolgt. Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind die Herren: Schiffsreeder Franz Horn, Vorsitzender, Konsul C. Dimpfer, stellvertretender Vorsitzender, Korvettenkapitän a. D. v. Bochm-Bezing, Direktor der Commerzbank in Lübeck F. Janus, Fabrikant A. König, Fabrikant P. Lohrmann, Direktor der Lübecker Privatbank Ph. Martens, Fischräuchereibesitzer H. Niemann und Syndikus Dr. Wallroth. Für die Zeit bis zur Uebernahme der Geschäfte durch den berufsmäßigen Vorstand der Gesellschaft ist Herr Syndikus Dr. Wallroth unter vorläufigem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat zum provisorischen Vorstand der Gesellschaft gewählt worden. Die Einzahlung der ersten Aktienrate von 25 Proz. zuzüglich des Aufgeldes von 5 Proz. muß bis zum 15. Juni d. J. erfolgen.

Hansatheater. Heute, Freitag, den 31. Mai, findet die letzte Vorstellung der hier mit so großem Beifall aufgenommenen Operette „Liebe im Schnee" statt. Morgen, Sonnabend, den 1. Juni, Erstaufführung der lustigen Operette „Warum geht's jetzt?" von dem bekannten Wiener Komponisten Eysler. Diese Operette ist eine Novität und verspricht eine Zugkraft ersten Ranges zu werden. In Vorbereitung: „Schwarzwaldmädel".

Eutin. Herabsetzung der Brotration im Fürstentum. Der Landesvorstand gibt bekannt, daß ab 3. Juni für den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung und die Kalenderwoche an Brot und Mehl wahlweise höchstens 1750 Gramm Brot oder 1200 Gramm grobes Roggenmehl oder 1000 Gramm Feinmehl verausgabt werden dürfen. — Wer noch genügend Belag für dieses geringe Brotquantum hat, kommt schon damit aus. Er kann „durchhalten". Wie aber steht es mit dem überwiegenden Teile der Bevölkerung, der auf Butter, Schinken, Wurst, Speck usw. verzichten muß? Für ihn reicht es nicht hin und nicht her.

Hamburg. Die deutsche Auslandsdiplomatie saß gestern abend auf der Anklagebank der Hamburger Bürgerschaft. Manches scharfe, aber berechtigte Wort fiel gegenüber den Trägern dieser Diplomatie. Nach längerer Beratung wurde einstimmig folgendes Verdikt gefällt. „Angesichts der tiefgehenden Beunruhigung, die in weiten Kreisen des Handels, der Schiffahrt und der Industrie Hamburgs infolge der in den letzten Jahren besonders fühlbar gewordenen Mängel der deutschen Auslandsvertretung Platz gegriffen hat, beantragen wir, den Senat zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß Maßnahmen zu einer durchgreifenden Neugestaltung des deutschen Auslandsdienstes in die Wege geleitet werden, durch die für die Zukunft eine wirksamere Vertretung der deutschen Interessen im Auslande gewährleistet wird." — Ob's nun besser werden wird? Wir hegen starke Zweifel!

Harburg. Ein Kind verbrüht. Eine in der Schloßstraße wohnende Frau goß heißes Wasser in die Badewanne, um ihr Kind zu baden und verließ dann das Zimmer, um kaltes Wasser zu holen. Inzwischen legte die achtjährige Tochter das zweijährige Schwesterchen in die Wanne, sodaß das Kind schwer verbrüht wurde. Man brachte es ins Krankenhaus.

Kiel. Eine erschütternde Tragödie spielt sich im Hause des in diesen Tagen verstorbenen Oberzollrevisors Müller an der Lübecker Chaussee 24 ab. Zur Beerdigung war der Sohn, ein Leutnant der Reserve, aus dem Felde nach Kiel gekommen. Auch seine Braut war aus Breslau eingetroffen. Beim Reinigen und Verpacken seines Dienstrevolvers, wobei die Braut ihm zuschaute, entlud sich die Waffe, und die Kugel ging der Braut ins Herz. Das junge Mädchen sank dem unglücklichen Schützen sterbend in die Arme. Leutnant Müller stellte sich dann der Polizei, wurde aber wieder entlassen. In die Wohnung zurückgekehrt, kniete er am Sarge seiner erschossenen Braut nieder und schoß sich zwei Kugeln in die Brust.

Kiel. Einem tragischen Geschick ist der Genosse Hans Ewert zum Opfer gefallen. Als Vaterlandsverteidiger stand er an der Westfront. Er hatte am 14. Mai seinen Heimaturlaub angetreten, um Pfingsten bei seiner Familie, Frau und zwei Kinder, verleben zu können. Beim Umsteigen in den Urlaubszug wurde er von der Lokomotive dieses Zuges erfaßt und überfahren. An den schweren Verletzungen ist er nach einigen Stunden gestorben. Die Leiche wurde in die Heimat gebracht und ist dort beerdigt worden. Hans Ewert war früher in Wilhelmshaven auf der Kaiserlichen Werft als Schlosser. Im Jahre 1898 ist er von dort nach hier übersiedelt, um ebenfalls auf der Werft in Arbeit zu treten. Er wurde Vorarbeiter, gab aber 1907 seinen Beruf auf, um in die Buchhandlung der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" einzutreten. Er war in der Partei- wie Gewerkschaftsbewegung Kiels eine angesehene Persönlichkeit.

Kiel. Für das gleiche Wahlrecht in Preußen. Der Provinzialausschuß der nationalliberalen Partei für die Provinz Schleswig-Holstein hielt in Kiel eine Sitzung ab, in der Generalsekretär Dr. Hugo, Berlin, über die politische Lage im Reich und in Preußen referierte. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß einstimmig folgende Entschließung gefaßt wurde: „Der Provinzialausschuß der nationalliberalen Partei der Provinz Schleswig-Holstein spricht sich unter Würdigung der politischen Lage für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen aus.

Schwerin. Tödlicher Unfall. Auf dem Güterbahnhof wurde der Weichenwärter Lorenz mit stark gequetschtem rechten Fuß und Oberschenkel aufgefunden. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er seinen Verletzungen erlag. Wie sich der Unfall ereignete, konnte noch nicht festgestellt werden.

Geesthacht. Schwere Gewitter gingen auf dem gegenüberliegenden Elbufer nieder. Ein Blitzstrahl traf bei Erdstorf ein junges Mädchen, das dem Lüneburger Krankenhaus zugeführt werden mußte. Auf dem Bahnhof in Carze wurde ein Mann vom Blitz getroffen, der glücklicherweise mit dem Leben davonkam. Bei dem Dorfe Nenneetze fuhr der Blitz in einen Trupp Marinemannschaften, die beim Aufbau der Bleckeder Kreisbahn beschäftigt waren. Es wurden fünf Mann zu Boden gestreckt, drei erholten sich glücklicherweise wieder. Die beiden übrigen mußten dem Lazarett in Lüneburg zugeführt werden.

Der amtliche Kriegsbericht.

45 000 Gefangene. Weit über 500 Geschütze. Tausende von Maschinengewehren.

WTB. Großes Hauptquartier, 31. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Artilleriekämpfe in wechselnder Stärke; kleinere Infanteriegefechte.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Dem von der Aille südlich der Oise weichenden Feinde jetzten wir über die Aille hart nach und gewannen die Linie Bretiny-St. Paul-Trosly-Loire.

Nördlich der Aisne warfen wir in stetem Kampf den Feind über Binuzy-Chavigny zurück.

Südlich von Soissons führte der Franzose Kavallerie und Infanterie zu heftigen Gegenstößen vor. Er wurde von unserem Feuer vernichtend gefaßt und geschlagen.

Wir haben die Straße Soissons-Hartennes überschritten.

Die in Richtung auf Fere-en-Tardenois von Südwesten über die Marne und von Südosten herangeführten französischen Divisionen vermochten trotz verzweifelter Gegenangriffe nirgends unseren vorwärts dringenden Korps erfolgreich Widerstand zu leisten. Rückwärtige Stellungen des Feindes bei Arrey-Grand wurden durchstoßen.

Südlich von Fere-en-Tardenois haben wir die Marne erreicht. Die Höhen von Champoviby-St. Gemme und bei Romigny sind in unserm Besitz.

Auf dem Südufer des Vesle, westlich von Reims, wurden Germigny, Gueux und Thilloich genommen.

Gefangenenzahl und Beute sind stündlich im Wachsen. Mehr als 45000 Gefangene und weit über 500 Geschütze, Tausende von Maschinengewehren.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Bitte ausschneiden.

Fahrplan der Lübecker Straßenbahn.

Gültig ab 1. Juni 1918.

Bemerkungen: Die Zeiten von 6^{00} abends bis 5^{59} morgens sind durch unterstrichene Minutenziffern gekennzeichnet.
W = Werktags.

Linie 1. Roeckstrasse—Ratzeburger Allee.

(4 Zonen, Fahrzeit 19 Minuten.)

Ab Roeckstraße: W. 5^{25} (fährt über Bahnhof nach Schwartauer Allee, hat Anschluß an den Zug 5^{50} nach Hamburg), 6.15, 6.35, 6.55, 7.15, 7.25, 7.35, 7.45, 7.55, 8.05 und weiter alle 10 Minuten bis 8^{55}, 9^{15}, 9^{35}, 9^{55}, 10^{15}.

Ab Ratzeburger Allee: 6.46, 7.06, 7.26, 7.46, 7.56, 8.06, 8.16, 8.26, 8.36 und weiter alle 10 Minuten bis 9^{26}, 9^{46}*, 10^{06}, 10^{26}, 10^{46}.
* Fährt vom 29. 6. bis 31. 8. ab Ratzeburger Allee 9^{36}.

Linie 2. Israelsdorfer Allee—Kronsforder Allee.

(4 Zonen, Fahrzeit 19 Minuten.)

Ab Kirchhof: 6.40, 7.00, 7.20, 7.40, 8.00, 8.20, 8.40, 9.00, 9.20, 9.30, 9.40, 9.50, 10.00, 10.10, 10.20 und weiter alle 10 Minuten bis 8^{40}, 9^{00}, 9^{20}, 9^{40}, 10^{00}, 10^{10}*, 11^{00}**, 11^{30}***.
* Fährt über Geibelplatz nach Bahnhof. Abwartet Zug 10^{55} von Travemünde.
** Fährt über Geibelplatz nach Bahnhof. Abwartet Zug 12^{00} von Berlin.
*** Fährt über Geibelplatz nach Bahnhof. Abwartet Zug 12^{20} von Hamburg (siehe Linie 11.)

Ab Krankenhaus: 7.11, 7.31, 7.51, 8.11, 8.31, 8.51, 9.11, 9.31, 9.51, 10.01, 10.11, 10.21 und weiter alle 10 Minuten bis 9^{11}, 9^{31}, 9^{51}*, 10^{11}, 10^{31}.
* Fährt vom 29. 6. bis 31. 8. ab Krankenhaus 9^{41}.

Linie 3. Marli—Krempelsdorf.

(5 Zonen, Fahrzeit 34 Minuten.)

Ab Marli: 5^{33} (hat Anschluß an den Zug 5.50 nach Hamburg), 6.03, 6.23, 6.43, 7.03, 7.23, 7.33, 7.43, 7.53, 8.03, 8.13, 8.23 und weiter alle 10 Minuten bis 8^{43}, 9^{03}, 9^{23}, 9^{43}; ferner 10^{23} und 12^{03} nur bis Bahnhof.

Ab Krempelsdorf: 6.14, 6.44, 7.04, 7.24, 7.44, 8.04, 8.14 und weiter alle 10 Minuten bis 9^{24}*, 9^{44}, 10^{04}, 10^{24}; ferner 11^{00}** und 12^{45}*** nur ab Bahnhof.
* Abwartet vom 29. 6. bis 31. 8. Zug 9^{55} von Travemünde.
** Abwartet Zug 10^{55} von Travemünde.
*** Abwartet Zug 12^{42} von Mecklenburg.

Linie 4. Schwartauer Allee—Kronsforder Allee.

(5 Zonen, Fahrzeit 22 Minuten.)

Ab Schwartauer Allee: 7.12, 7.22, 7.32, 7.42, 7.52, 8.02, 8.12 und weiter alle 10 Minuten bis 10^{02}, 10^{12}*, 10^{22}**, 10^{32}**; ferner ab Bahnhof 11^{00}***, 12^{05}***, 12^{25}***.
* Ueber Kohlmarkt nach Finkenhalle.
** Nur bis Bahnhof.
*** Abwarten Züge 10^{55} von Travemünde, 12^{00} von Berlin und 12^{20} von Hamburg.

Ab Krankenhaus: 6.46, 6.56, 7.06, 7.16, 726, 7.36, 7.46 und weiter alle 10 Minuten bis 10^{06}, 10^{16}*, 10^{26}*, 10^{36}*, 11^{36}**, 12^{26}*, 12^{56}*.

Linie 7. Geibelplatz—Bahnhof.

(2 Zonen, Fahrzeit 10 Minuten.)

Ab Geibelplatz: 7.03, 7.33, 7.43, 8.13, 8.23, 8.43, 9.03, 9.23, 9.43, 10.03, 10.23 und weiter alle 20 Minuten bis 9^{03}.

Ab Bahnhof: 7.15, 7.56, 8.07, 8.27, 8.47, 9.07, 9.27, 9.47, 10.07, 10.27, 10.47 und weiter alle 20 Minuten bis 9^{27}.

An Sonn- und Festtags-Nachmittagen oder wenn aus sonstigen Anlässen (in der Forsthalle stattfindende Konzerte pp.) ein stärkerer Verkehr zu erwarten ist, werden diese Wagen zwischen Bahnhof und Forsthalle verkehren.

Linie 8. Markt—Moislinger Allee.

(2 Zonen, Fahrzeit 11 Minuten.)

Ab Markt: 10.31, 10.51 11.11, 11.31 und weiter alle 20 Minuten bis 6^{31}.

Ab Moislinger Allee: 10.08, 10.28, 10.48, 11.08 und weiter alle 20 Minuten bis 6^{08}.

Linie 9. Markt—Moislinger Baum.

(4 Zonen, Fahrzeit 19 Minuten.)

Ab Markt: W 5^{46}, 6.41, 7.01, 7.21, 7.41, 8.01 und weiter alle 20 Minuten bis 9^{21}; ferner 10^{21}, 11^{01}**

Ab Moislinger Baum: W 5^{20} (hat Anschluß am Lindenplatz an den Wagen 5^{22} von Marli nach Krempelsdorf und an den Wagen 5^{25} von Roeckstraße nach Schwartauer Allee), 6.30, 6.50, 7.10, 7.30 und weiter alle 20 Minuten bis 8^{50}; ferner 9^{10}*, 9^{30}, 9^{50}*, 10^{40}, 11^{30}*.

* Fahren nach Wagenhalle Pinkenstraße.
** Abwartet am Lindenplatz Zug 10^{55} von Travemünde.

An Sonn- und Festtagen wird auf dieser Linie nachmittags nach Bedarf ein 10-Minuten-Verkehr hergestellt und wird ausgedehnt ab Markt bis 10^{21} und ab Moislinger Baum bis 9^{50}.

Linie 10. Markt—Vorwerker Friedhof.

(4 Zonen, Fahrzeit 20 Minuten.)

Ab Markt: 7.00, 8.00, 9.00, 10.00, 11.00, 12.00, 1.00, 1.20, 1.40, 2.00, 2.20, 2.40 und weiter alle 20 Minuten bis 6^{40}.

Ab Vorwerker Friedhof: 7.30, 8.30, 9.30, 10.30, 11.30, 12.30, 12.50, 1.20, 1.40, 2.00, 2.20, 2.40, 3.00 und weiter alle 20 Minuten bis 7^{20}.

Linie 11. Kohlmarkt—Hansastrasse.

(2 Zonen, Fahrzeit 10 Minuten.)

Ab Kohlmarkt: 6.50, 7.00, 7.10, 7.20, 7.30, 7.40, 7.50, 8.00, 8.10, 8.20 und weiter alle 10 Minuten bis 9^{10}; 9^{20}*, 9^{30}*, 9^{40}**.

Ab Hansastraße: 7.10, 7.20, 7.30, 7.40, 7.50, 8.00, 8.10, 8.20, 8.30, 8.40 und weiter alle 10 Minuten bis 9^{20}; ferner 11^{05}***, 12^{05}***, 12^{25}***.

* Ueber Lindenplatz nach Finkenhalle.
** Ueber Lindenplatz nach Finkenhalle. Abwartet vom 29. 6. bis 31. 8. am Lindenplatz Zug 9^{35} von Travemünde.
*** Abwarten Züge 10^{55} von Travemünde, 12^{00} von Berlin, 12^{20} von Hamburg und fahren ab Bahnhof über Geibelplatz nach Israelsdorfer Allee (Kirchhof).

Linie 12. Lübeck—Schwartau.

(6 Zonen, Fahrzeit 28 Minuten.)

Ab Markt in Lübeck: W 4^{45}, W 5^{35}, 5^{50}, W 6.20, W 6.40, 7.00, 7.20, 7.40 und weiter alle 20 Minuten bis 8^{20}, 9^{20}, 10^{20}.

Ab Markt in Schwartau: W 5^{21}, W 5^{36}, 6.26, W 6.56, W 7.16, 7.36, 7.56, 8.16 und weiter alle 20 Minuten bis 8^{56}, 9^{56}, 11^{06}.

An Sonn- und Festtag-Nachmittagen wird die Wagenfolge vom Bahnhof nach Schwartau und zurück nach Bedarf verstärkt und nötigenfalls bis abends 10 Uhr ausgedehnt.

Letzte Wagen ab Markt in Lübeck: 10^{00}, 10^{20}, 10^{40}.
" " " " " Schwartau: 10^{26}, 10^{46}, 11^{16}.

Linie 14. Geibelplatz—Kücknitz.

(8 Zonen, Fahrzeit 33 Minuten.)

Ab Geibelplatz . .	4^{20}	5^{27}	6^{37}	7^{37}	8^{37}	9^{37}	10^{37}	10^{47}	11^{37}	12^{37}	12^{47}	1^{37}	2^{37}	2^{47}	3^{37}	4^{07}	4^{47}	5^{37}	6^{07}	6^{47}	7^{27}	8^{07}	8^{47}	9^{27}	11^{17}
Forsthalle	5^{07}	6^{14}	6^{44}	7^{44}	8^{24}	9^{04}	9^{44}	10^{24}	11^{04}	11^{44}	12^{24}	1^{04}	1^{44}	2^{24}	3^{04}	3^{44}	4^{24}	5^{04}	5^{44}	6^{24}	7^{04}	7^{44}	8^{24}	9^{04}	9^{44}	11^{34}
An Kücknitz . . .	5^{23}	6^{28}	7^{00}	8^{00}	8^{40}	9^{20}	10^{00}	10^{40}	11^{20}	12^{00}	12^{40}	1^{20}	2^{00}	2^{40}	3^{20}	4^{00}	4^{40}	5^{20}	6^{00}	6^{40}	7^{20}	8^{00}	8^{40}	9^{20}	10^{00}	11^{50}
Ab Kücknitz . . .	5^{30}	6^{30}	7^{06}	8^{06}	8^{46}	9^{26}	10^{06}	10^{46}	11^{26}	12^{06}	12^{46}	1^{26}	2^{06}	2^{46}	3^{26}	4^{06}	4^{46}	5^{26}	6^{06}	6^{46}	7^{26}	8^{06}	8^{46}	9^{26}	10^{06}	11^{56}
Forsthalle	5^{46}	6^{44}	7^{22}	8^{22}	9^{02}	9^{42}	10^{22}	11^{02}	11^{42}	12^{22}	1^{02}	1^{42}	2^{22}	3^{02}	3^{42}	4^{22}	5^{02}	5^{42}	6^{22}	7^{02}	7^{42}	8^{22}	9^{02}	9^{42}	10^{22}	12^{12}
An Geibelplatz . .	6^{03}	7^{03}	7^{39}	8^{39}	9^{19}	9^{59}	10^{39}	11^{19}	11^{59}	12^{39}	1^{19}	1^{59}	2^{39}	3^{19}	3^{59}	4^{39}	5^{19}	5^{59}	6^{39}	7^{19}	7^{59}	8^{39}	9^{19}	9^{59}	10^{39}*	12^{29}**

* Fährt 1^{40} ab Geibelplatz nach Roeckstraße. ** Fährt 12^{20} ab Geibelplatz nach Roeckstraße.

Linie 15. Geibelplatz—Schlutup.

(7 Zonen, Fahrzeit 20 Minuten.)

	W																								
Ab Geibelplatz . .	4^{20}	5^{27}	6^{37}	7^{37}	7^{47}	8^{27}	9^{07}	9^{47}	10^{27}	11^{07}	11^{47}	12^{27}	1^{07}	1^{47}	2^{27}	3^{07}	3^{47}	4^{27}	5^{07}	5^{47}	6^{27}	7^{07}	7^{47}	8^{27}	9^{07}	9^{47}	11^{17}
Forsthalle	4^{46}	5^{54}	6^{44}	7^{44}	8^{04}	8^{44}	9^{24}	10^{04}	10^{44}	11^{24}	12^{04}	12^{44}	1^{24}	2^{04}	2^{44}	3^{24}	4^{04}	4^{44}	5^{24}	6^{04}	6^{44}	7^{24}	8^{04}	8^{44}	9^{24}	10^{04}	11^{34}
An Schlutup . . .	5^{02}	6^{07}	6^{57}	7^{57}	8^{17}	8^{57}	9^{37}	10^{17}	10^{57}	11^{37}	12^{17}	12^{57}	1^{37}	2^{17}	2^{57}	3^{37}	4^{17}	4^{57}	5^{37}	6^{17}	6^{57}	7^{37}	8^{17}	8^{57}	9^{37}	10^{17}	11^{47}
Ab Schlutup . . .	5^{22}	6^{30}	7^{00}	7^{40}	8^{20}	9^{00}	9^{40}	10^{20}	11^{00}	11^{40}	12^{20}	1^{00}	1^{40}	2^{20}	3^{00}	3^{40}	4^{20}	5^{00}	5^{40}	6^{20}	7^{00}	7^{40}	8^{20}	9^{00}	9^{40}	10^{20}	11^{50}
Forsthalle	5^{32}	6^{40}	7^{10}	7^{50}	8^{30}	9^{10}	9^{50}	10^{30}	11^{10}	11^{50}	12^{30}	1^{10}	1^{50}	2^{30}	3^{10}	3^{50}	4^{30}	5^{10}	5^{50}	6^{30}	7^{10}	7^{50}	8^{30}	9^{10}	9^{50}	10^{30}	12^{03}
An Geibelplatz . .	5^{52}	7^{00}	7^{30}	8^{10}	8^{50}	9^{30}	10^{10}	10^{50}	11^{30}	12^{10}	12^{50}	1^{30}	2^{10}	2^{50}	3^{30}	4^{10}	4^{50}	5^{30}	6^{10}	6^{50}	7^{30}	8^{10}	8^{50}	9^{30}	10^{10}	10^{50}*	12^{20}**

* Fährt 11^{22} ab Geibelplatz nach Roeckstraße. ** Fährt 12^{22} ab Geibelplatz nach Roeckstraße.

Auf den Vorortslinien 12, 14 und 15 werden auf rechtzeitige Bestellung hin Sonderwagen, nach dem Tarif für Sonderwagen, zu den Spätzügen nach dem Bahnhofe beordert. — Gewähr für Erreichung der Anschlüsse wird nicht geleistet.

Der Fahrpreis beträgt für 3 Zonen 10 Pfg., jede weiteren 2 Zonen 5 Pfg. mehr. 2545

Bekanntmachung
betreffend Höchstpreise für Butter.

Auf Grund der Verordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes über die Preise für Butter vom 25. August 1917 in Verbindung mit den Ausführungsbestimmungen der Reichsstelle für Speisefette vom 31. August 1917 verordnet das Polizeiamt:

Die bisherige Höchstpreis-Festsetzung für Butter wird außer Kraft gesetzt.

Künftig wird bei jeder Ausgabe von Butter an die Bevölkerung der jeweilige Verkaufspreis festgesetzt und bekannt gegeben werden. Dieser Preis gilt dann bis zur nächsten Bekanntmachung allgemein als Höchstpreis für den Verkauf von Butter an den Verbraucher.

Lübeck, den 30. Mai 1918. (2550

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung
betreffend den Höchstpreis für Magermilch.

Auf Grund des § 8 der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1917 verordnet das Polizeiamt hiermit unter Abänderung des § 2 seiner Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Milch vom 20. November 1917:

Der Höchstpreis für das Liter Magermilch beim Verkauf an den Verbraucher wird auf 24 Pfg. festgesetzt.

Diese Festsetzung tritt am 1. Juni 1918 in Kraft.

Lübeck, den 30. Mai 1918. (2551

Das Polizeiamt.

Täglich frische
schnittfeste Sülze
ohne Fleischmarken
per Pfund Mk. 1.—
Paul Lohrmann,
Hundestrasse 95 2546
und Markthalle Stand 34 u. 35.

Feldpostkartenbriefe
sind wieder vorrätig.
Buchhandlg. Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64. 2541
Beste Bezugsquelle für erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Lübecker Gen.-Bäckerei
e. G. m. b. H.
Ordentliche
General-Versammlung
am Dienstag, dem 4. Juni 1918
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1918.
2. Revisionsbericht des Verbandsrevisors Herrn J. Brinkmann, Hamburg.
3. Antrag des Aufsichtsrats und Vorstandes über Bewilligung von 1000 Mk. für die Ludendorff-Spende.
4. Unser im Felde stehenden Aufsichtsratsmitglieder event. eine Ersatzwahl.

Anteilscheine legitimieren.
Lübecker Gen.-Bäckerei
e. G. m. b. H.
(2535) **Der Vorstand.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Rensefeld-Schwartau.
Betriebs-Versammlung
sämtl. in den Schwartauer Honigwerken und Zuckerraffinerie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
am Sonntag, dem 2. Juni
abends 8 Uhr (2554
im Lokale des Herrn W. Hilprecht
(Gasthof Transvaal).
Da die Tagesordnung wichtige Betriebsbesprechungen enthält, so ist es Pflicht aller im Betriebe Beschäftigten, zu erscheinen.
Die Orts- u. Distriktsverwaltung.

Stadthallen-Theater.
Direktion: Stanislaus Fuchs.
Sonnabend, den 1. Juni 1918:
Der Vogelhändler.
Operette von Zeller.
Sonntag, den 2. Juni 1918:
Neuheit! Neuheit!
Bachstelzchen.
Operette von Bertuch.
Dienstag, den 4. Juni 1918:
Neuheit! Neuheit!
Die treue Magd.
Komödie von Bruno Frank.
Anfang der Vorstellungen 7½ Uhr. 2549

Nr. 125
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Freitag, den 31. Mai 1918

Kein Wahlrechtskompromiß.

In einer Form, die unsern Zweifel an der Richtigkeit erkennen ließ, gaben wir gestern die Meldung der „Täglichen Rundschau“ wieder, nach der zwischen Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen in der preußischen Wahlrechtsfrage ein Kompromiß zustande gekommen sei auf der Grundlage, gegen die Gewährung zweier Zusatzstimmen dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zuzustimmen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus anscheinend sicherer Quelle erfährt, ist die Meldung der „Täglichen Rundschau“ falsch. Die nationalliberale Landtagsfraktion weiß von solchen Verhandlungen nichts, geschweige denn von einem so bindenden Ergebnis. Es wird erklärt, daß, wenn die Herren Fuhrmann und Hirsch an solchen Besprechungen teilgenommen hätten, sie es höchstens für die Minderheit der Fraktion, vermutlich aber nur für ihre eigene Person getan hätten. Die Mehrheit der nationalliberalen Landtagsfraktion denke gar nicht daran, einem solchen Kompromiß ihre Zustimmung zu geben. Ebenso läßt die freikonservative Fraktion erklären, daß es sich „um rein private Gespräche“ gehandelt habe, die Fraktion lehne „jede Verantwortung für diese Verhandlungen ab“. Von einem vollzogenen Kompromiß könne jedenfalls nicht die Rede sein.

*

Zu der gleichen Angelegenheit wird uns aus parlamentarischen Kreisen noch geschrieben: E handelt sich bei den angeblichen Verhandlungen über ein Wahlrechtskompromiß vorläufig nur um ganz unverbindliche Aussprachen zwischen Mitgliedern einzelner Parteien, die von ihren Fraktionen keinen Auftrag gehabt, sondern auf eigene Faust gehandelt haben. Die Fraktionen des Abgeordnetenhauses werden sich damit erst nach Wiederzusammentritt des Plenums beschäftigen. Bestimmt formulierte Anträge liegen überhaupt noch nicht vor. Die Vertreter derjenigen Parteien, die gern etwas Positives zustande bringen, aber auf keinen Fall das gleiche Wahlrecht wählen wollen, rechnen mit zwei Möglichkeiten: Entweder mit einer Einigung zwischen Nationalliberalen, Zentrum und Freikonservativen unter Ausschaltung sowohl der Linken als auch der Rechten, oder aber mit einer Einigung zwischen der Rechten und dem rechten Flügel der Nationalliberalen unter Zutritt eines Teils des Zentrums, also derselben Gruppen, die in der zweiten Lesung für das Sechsstimmenwahlrecht gestimmt haben. Die Grundlage einer Einigung zwischen Nationalliberalen, Zentrum und Freikonservativen erblickt man in der Gewährung einer Alters-Zusatzstimme und der Schaffung von weiteren Sicherungen in der Richtung der bisher abgelehnten Sicherungsanträge. Für ein solches Kompromiß wäre nach ihrem bisherigen Verhalten auch die Regierung zu haben. Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, hat sich ausdrücklich bereit erklärt, über eine Alterszusatzstimme mit sich reden zu lassen und der Ministerpräsident Herr v. Hertling hat sich bekanntlich vor Eintritt in die zweite Lesung im Plenum für die Sicherungsanträge des Zentrums ausgesprochen. Fraglich ist es nur, ob diese Sicherungen den Freikonservativen genügen. Bisher haben sie sich ihnen gegenüber ablehnend verhalten. Sollten sie sich jetzt doch dazu verstehen, so würde das eine völlige Schwenkung bedeuten, denn sie müßten dann auf ihre weitgehenden Forderungen verzichten. Noch weniger Aussicht auf eine Verständigung, die übrigens auch nur dann erzielt werden könnte, wenn die genannten Parteien geschlossen vorgingen, hat eine Einigung der rechtsstehenden Parteien. Es ist wenig wahrscheinlich, daß die Konservativen, denen schon der Antrag Lohmann nicht weit genug ging, einem wesentlich abgeschwächten Pluralwahlrecht ihre Zustimmung erteilen werden. Aber selbst, wenn ein Kompromiß auf Grund einer Alterszusatzstimme und einer Zusatzstimme für Selbständigkeit zustande käme, so könnte die Regierung ihm doch nicht beitreten, ohne den Boden des gleichen Wahlrechts zu verlassen und das Versprechen des Königs in sein Gegenteil zu verkehren. Wenn nicht alles täuscht, so wird in der nochmaligen Abstimmung ein positives Resultat über das Kernstück der Wahlrechtsvorlage wiederum nicht erzielt werden. Die Regierung täte klug, wenn sie dann wenigstens das bisher Versäumte nachholen und anstatt erst noch die Entscheidung des Herrenhauses abzuwarten, sofort zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreiten würde. Je länger sie zögert, desto mehr untergräbt sie im Volke den Glauben, daß es ihr mit der Einführung des gleichen Wahlrechts ernst ist.

Erhöhung der Invalidenrente.

Die Invalidenrenten, die auf Grund geklebter Marken gezahlt werden, waren schon immer viel zu niedrig. Jetzt aber, bei der unerhörten Kriegsteuerung, ist mit den schmalen Invalidenrenten gar nicht auszukommen. Zu jeder Invalidenrente wird deshalb vom Februar dieses Jahres an ein monatlicher Zuschuß von 8 Mark gezahlt.

Der Zentrumsabgeordnete Giesberts teilt nun in der „Sozialen Praxis“ mit, daß gegenwärtig eine Vorlage vorbereitet wird, welche die in der Invalidenversicherung gewährten Rentenzuschüsse von 8 Mk. im Monat organisch in die Invalidenversicherung hineinarbeiten soll. So gering dieser Rentenzuschuß an sich ist, stellt er doch eine etwa 50prozentige Erhöhung der durchschnittlichen Reichsinvalidenrente dar. Sie erfordert eine jährliche Ausgabe von 100 Millionen Mark, die, so heißt es in einer Meldung, durch eine Erhöhung der Beiträge wieder eingebracht werden müssen. Diese Erhöhung soll so bemessen werden, daß die Invalidenversicherungs-Anstalten auch ihre Arbeit für Krankheitsverhütung und Wiederherstellung der Volksgesundheit fortsetzen können.

Giesberts erwähnt in seinem Aufsatz auch, daß viele Vorschläge eine gründliche Reform der ganzen Invaliditäts- und Krankheitsversicherung, insbesondere die dauernde Festlegung der Wochenhilfe und die Erhöhung der Einkommensgrenzen fordern. Er zieht sich jedoch vor dem Einwand zurück, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches nach dem Kriege noch nicht gesichert sei, und tritt daher zunächst für die Durchführung der kleinen Reform der Invalidenversicherung ein.

Wenn eine „kleine Reform“ der so verbesserungsbedürftigen Invalidenversicherung versprochen wird, dann fehlt niemals die Beitragserhöhung. Die Versicherten weigern sich keineswegs, höhere Beiträge zu zahlen, wenn es nötig ist. Um die angekündigte Rentenerhöhung durchzuführen, erscheint uns aber eine Beitragserhöhung durchaus nicht nötig.

Die Beiträge sind 1912 erhöht worden wegen der Witwen- und Waisenrenten und zuletzt 1917 wegen der Altersrente mit 65 Jahren und der höheren Waisenrenten. Jetzt schon wieder zu erhöhen, dazu liegt kein dringender Grund vor. Die gesamte Invaliden-Versicherung hat ein riesiges Vermögen aufgesammelt und ist wohl imstande, die bescheidene Rentenerhöhung aus den jetzigen Beiträgen zu decken. Im übrigen werden unsere Abgeordneten im Reichstage nach Kräften bemüht sein, die so viel gerühmte Invalidenversicherung mit ihren kargen Renten gründlich zu verbessern.

Kriegsteilnahme und Vollbürgerrecht

Im Rumänienfrieden hat die deutsche Delegation auch die Judenfrage zur Verhandlung gebracht. Rumänien war bekanntlich durch den Berliner Vertrag von 1878 verpflichtet worden, den rumänischen Juden die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu geben. Es erklärte jedoch plötzlich, daß die in Rumänien wohnenden Juden gar nicht Rumänen, sondern Ausländer seien, und verweigerte ihnen mit dieser fadenscheinigen Ausrede alle politischen Rechte überhaupt. Jetzt hat im Rumänienfrieden Deutschland dafür gesorgt, daß diese skandalöse Kulturwidrigkeit wenigstens teilweise abgestellt wird. Die deutschen Unterhändler sind getadelt worden, daß sie nicht die volle Gleichberechtigung aller rumänischen Juden durchgesetzt hätten. Auf der anderen Seite behauptet z. B. der Franzose Herve, daß empörendste am ganzen Rumänenfrieden sei, daß man die Rumänen gezwungen hätte, volksfremde und landesverräterische Elemente, wie diese Juden, mit dem Staatsbürgerrecht auszustatten.

Welches war nun in Wirklichkeit der Gesichtspunkt, von dem die deutsche Reichsregierung ausgegangen ist? Kein anderer als, daß mindestens die Juden sofort das Vollbürgerrecht erhalten müßten, die während des Krieges zum Waffendienst oder Hilfsdienst eingezogen gewesen wären. Waffengemeinschaft bedeutet Staatsgemeinschaft und Vollbürgerrecht — diesen Grundsatz erklärte die deutsche Delegation für ein anerkanntes internationales Gesetz. Auch der Ausländer, der ins deutsche Heer eintrete, werde dadurch ohne weiteres vollberechtigter deutscher Bürger. Diese Ehrenpflicht gegenüber den Kriegsteilnehmern müsse auch Rumänien unbedingt erfüllen.

Da die deutschen Unterhändler daran festhielten, mußte Marghileman trotz heftigen Widerstrebens in diesen Grundsatz willigen. Aber sollten die deutschen Kriegsteilnehmer aus diesem Vorgang nichts lernen? Ihre Forderung, daß, wer am Kriege teilgenommen hat, an politischen Rechten hinter keinem anderen Bürger zurückstehen darf, deckt sich mit dem Völkerrecht, das die deutsche Reichsregierung gegenüber unseren Feinden vertritt. Was sie für die rumänischen Juden durchgesetzt hat, die Kriegsteilnehmer waren, müssen die deutschen Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten in Preußen und in Lübeck für sich selbst erzwingen.

Eine freikonservative Stimme für direkte Reichssteuern.

Der preußische Landtagsabgeordnete Freiherr von Zedlitz, der bis vor kurzem Führer der freikonservativen Fraktion war und wegen seiner Stellung zum Wahlrecht den Vorsitz niederlegte, äußert sich in bemerkenswerter Weise zum Reichssteuerproblem. Vor allem erörtert er im Gegensatz zur sonstigen konservativen Haltung sich sehr ernsthaft über die Frage einer gewissen direkten Reichssteuer, indem er sagte:

„In der Hauptsache wird sich die Aufgabe mit der Erledigung des Problems einer sachgemäßen Kriegsgewinnsteuer decken. Stellt man diese Gesichtspunkte voran, so wird man auch in geringerem Maße Gefahr laufen, jetzt der künftigen Regelung des Besteuerungsrechts im Reiche und in den Bundesstaaten im Sinne einer Beeinträchtigung der Steuersouveränität der letzteren vorzugreifen. Daß es bei dieser endgültigen Regelung nicht ohne eine Beteiligung des Reiches an den Besitzsteuern abgehen wird, unterliegt kaum noch einem Zweifel. Wollen die Bundesstaaten daher sich die volle Herrschaft über die laufende Einkommen- und Vermögenssteuer erhalten, so werden sie sich bereitfinden lassen müssen, nach dieser Richtung hin dem Reiche entsprechende Zugeständnisse zu machen. Diese können in der Form verbesserter Matrikularumlagen, in der Form der Beteiligung der Bundesstaaten als Selbstschuldner an einem Teile der Reichsschulden, sie können aber auch in der Form von Reichszuschlägen zu den Besitzsteuern der Bundesstaaten gemacht werden. Aber die Form ist, mehr Nebensache, in der Hauptsache kommt es darauf an, einerseits

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

37. Fortsetzung.

Diethelm war es gelungen, den schlimmen Sinn seiner Tochter zu bezwingen, sie ging hinter ihm drein wie ein Lamm und erschrak bei jedem seiner Blicke, wenn er sich umwendete. Was war aber damit gewonnen? Handhaben für erneute Anklagen waren in fremde Gewalt gegeben, und noch dazu in die eines aufs äußerste Erbitterten. Soll denn die Tat nie ruhen? Brennt das Feuer immer wieder auf? Nur eines tröstete Diethelm, und dies war der weichmütige Charakter Mundes. Aber hatte er sich nicht seit gestern so auffallend verändert? Nein, er ist noch derselbe, sonst wäre er ja nicht davongelaufen, statt Diethelm und Fränz sogleich den Gerichten zu überliefern. Dennoch schickte Diethelm sogleich den Reppenberger nach Buchenberg, teilte ihm oberflächlich mit, was geschehen war, und gab ihm den dringlichen Auftrag, zu erforschen, was Munde vorhabe, und es ihm durch einen Eilboten nach der Stadt mitzuteilen. Der Reppenberger verstand den Vorgang, wenn auch nur halb, und sagte: „Ich hab's bald gemerkt, das tut kein gut. Man kann ein Roß und ein Schaf nicht zusammenspannen.“ Diethelm lachte über diesen Vergleich und gab dem Reppenberger ein gutes Zehrgeld mit auf den Weg. —

Beim Namen angerufen, erwachte Munde unter dem Birnbaum bei Breitlingen, der Schmied von Buchenberg hielt mit seinem Pferd neben ihm und hieß ihn aufsitzen, wenn er müd sei. Munde nahm das gern an. Der Schmied wußte nur von Händeln, die Munde mit seinem Schwäher gehabt, und Munde war nicht geneigt, viel zu sprechen. Nur als der Schmied sein Glück rühmte und ihm anriet, klug zu sein, die paar Jahre noch den Diethelm den Herrn spielen zu lassen, sagte er: „Ich bin nicht klug und will nicht reich sein.“

Die ganze Nacht hindurch rasteten man nicht und bald saß der eine, bald der andere zu Pferde.

Es war bald Mittag, als man sich Buchenberg näherte. Es hatte hier im Oberlande geregnet, und Blüten und Blätter waren an den Bäumen hervorgebrochen, so plötzlich wie ein bereit gehaltenes Feuerwerk, das nur des zündenden Funkens wartet.

Munde war ganz ausgehungert, denn er hatte sich geschämt, dem Schmied zu bekennen, daß er keinen Heller Geld bei sich habe.

Als er in die väterliche Stube eintrat, rief ihm der alte Schäferle, die Pfeife im Mund haltend, vom Bett herab zu: „Grüß Gott, Munde, ich weiß, wie's dir gangen ist. Komm her, gib mir die Hand.“

So zutraulich war der Vater seit lange nicht gewesen, und die Hand reichend, sagte Munde: „Was wisset Ihr? Von wem? Sind schon Marktleute vor uns angekommen?“

„Kein Mensch. Ich weiß es von mir. Du hast mit dem Mordbrenner Händel gehabt. Ich weiß das so gewiß, als wenn ich dabei gewesen wär'.“

Munde starrte drein vor dieser prophetischen Sehergabe des Vaters, und dieser fuhr fort: „Ich hab's schon lang kommen sehen. Ich treib's nimmer lang. Von heut in sieben Tagen seh' ich meinen Medard, und der muß mir sagen, wie er so schnell von der Welt kommen ist, und wenn ich dir's berichten kann, tu' ich's. Setz dich zu mir aufs Bett. Jetzt bist du wieder mein. Gelt, jetzt bist wieder mein? Gehst nicht mehr zu dem Mordbrenner? Ich kann dir auch was geben, daß du nicht mehr an die Fränz denkst. Und ich sag' dir all meine Mittel. Ich hab' dem Medard schon viele gesagt gehabt, und ihm gehören sie auch, aber du bist jetzt mein Einziger.“

Munde weinte laut und erzählte dann alles, wie es ihm ergangen. Der alte Schäferle richtete sich auf, nahm die Pfeife in die linke Hand, hob die rechte in die Höhe und rief: „Ich schwöre, so wahr ich bald vor Gott komm', der Diethelm ist nicht unschuldig an dem Tod deines Bruders, wie, das weiß ich nicht, das weiß Gott allein. Munde, leg deine Hand auf meine Herzgrube, dir vererb' ich's, daß du nicht ruhst, bis der Diethelm seine Strafe hat. Willst du mir schwören, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis der Tod deines Bruders gerächt ist?“

„Ich kann's nicht, Vater, ich kann's nicht, ich tät Euch ja alles so gern,“ rief Munde, dem plötzlich davor graute, diese schwere Last auf sich zu nehmen, „aber das sag' ich, ich will dem Diethelm, solange ich lebe, zeigen, daß ich ihn für einen schlechten Menschen halte.“

„Gut, das ist mir genug, du hast ein weiches Herz, du kannst nicht mehr.“

Der alte Schäferle begann nun, Munde alle seine sympathetischen Mittel zu sagen, wie er sie vom Vater ererbt; er wollte es anfangs nicht dulden, daß Munde sie aufschrieb, das sei gegen das Herkommen und töte vielleicht ihre geheime Kraft, aber Munde behauptete, nicht alles so schnell behalten zu können. Das Zaubermittel gegen angetane Liebe schrieb Munde nicht auf. Er saß nun bei seinem Vater wie in einem Zauberberg, umgeben von geheimnisvollen Mächten, und wußte nichts mehr von der Welt, bis Martha mit dem Reppenberger kam.

Munde tat es wehe, auch gegen die Meisterin feindselig zu sein, der Reppenberger sprach von einer Abstandssumme, die Diethelm dem Munde bezahlen wolle, wenn er sich zur Auswanderung entschließe, aber Munde wies alle Anerbietungen von sich, und der alte Schäferle war glücklich, als er hörte, daß sein Sohn die erledigte Stelle als Gemeindeschäfer in Unterhailfingen annehmen wolle.

Auf den Tag hin, wie er es vorausgesagt, starb der alte Schäferle. Als ihm Munde noch am Morgen die gestopfte Pfeife übergeben wollte, schüttelte er den Kopf verneinend und sagte: „Es ist vorbei.“

Munde überließ alles seiner Schwester und nahm sich nur die Kleider des Medard.

Er saß am Weg und hütete die Schafe, als Diethelm vierspännig mit seiner neuen Kalesche daherfuhr, er schaute auf, und blitzschnell durchzuckte ihn der Gedanke, welch ein großes Leben er hätte führen können; aber er drückte den Hut ins Gesicht und pfiff dem Paßauf, während Diethelm und Fränz rasch vorbeirollten.

Nicht ohne Befriedigung hörte Diethelm, daß der alte Schäferle gestorben und begraben sei, und daß der Geistliche an dessen Grabe sagte, Gott möge ihm vergeben, wie ihm der vergeben habe, dem er so schweres Leid angetan. Den Munde fürchtete Diethelm nicht mehr, weil er nicht im ersten Zorn gehandelt hatte, in diesem war er des Schlimmsten von ihm gewärtig, jetzt in Ruhe, dachte er, wird die Schafseele es nie dazu bringen, als Ankläger aufzutreten. So fühlte sich Diethelm von dieser Seite gedeckt, aber der Geist der Widerspenstigkeit und Aufsässigkeit, den er in Fränz niedergerungen hatte, schien in Martha jetzt neu zu erwachen, wenngleich gemildert von ihrem an Ergebung gewohnten Wesen. Mit Ruhe ertrug es Diethelm, daß sie ihm heftige Vorwürfe machte, weil er mit Fränz in der Welt umherfuhr und seine Frau daheim verzaß, „wie ein im Stall angebundenes Stückle Vieh“. Er versprach, sie nie mehr allein zu lassen.

Eines Tages ging er mit ihr nach dem Bau, der staunenswert rasch vorrückte, die Sonne brannte stechend und gewitterverkündend nieder, und Diethelm sagte: „Ich weiß nicht, wie mir's ist, seitdem ich im Gefängnis gewesen, bring' ich eine Kellerkälte nicht aus mir heraus; es ist mir, wie wenn ich einen Eisklumpen im Herzen hätt'. Ich hab' gemeint, im Sommer wird's besser, aber es ist nicht. Du sagst jetzt, dir sei heiß, und ich werde die Gänshaut nicht los.“

„Herrgott! das sind meine toten Schwurfinger!“ schrie Martha gellend und streckte die leichenhaften Finger Diethelm ins Gesicht.

„Was hast? Was machst?“ fragte Diethelm erschrocken, und Martha erklärte, indem sie sich auf einen Steinhaufen am Wege setzte: „Diethelm, was hast du gemacht? Weißt du's denn nicht mehr? Du hast ja geschworen, die Sonne soll dich nicht mehr erwärmen, wenn du ans Brandstiften denkst, dort am Fenstersims hast's geschworen, und jetzt ist's ja wahr geworden, die Sonne wärmt dich nicht, und ich hab' einen falschen Eid auf mich nehmen wollen, und meine Finger sterben mir ab. O gerechter Gott, was machst du aus uns? Gerechter Gott, was soll aus uns werden?“

Diethelm suchte zu trösten, soviel er vermochte, er wollte jetzt leugnen, daß ihn friere, und behauptete, die Wunde an seinem Arm sei noch nicht völlig geheilt; da faßte ihn Martha gerade an der wunden Stelle, daß er laut aufschrie, sie aber sagte: „Gesteh ehrlich, beichte, nur mir sag's, nur mir, woher du das hast. Der Doktor hat immer gesagt, das säh' aus wie ein Biß von einem Menschen. Wer hat dich gebissen?“

Diethelm hatte Geistesgegenwart genug, seine Frau tapfer auszuzanken mit dem Zusatz, daß, wenn sie noch ein einzig Mal von toten Schurfingern rede, er sie immer verlasse, möge daraus werden, was da wolle.

Martha schwieg, aber ihre schweigend trauervollen Mienen, ihr stilles, stundenlanges Betrachten der abgestorbenen Finger jagte Diethelm, was sie für sich sinne und was sie von ihm denken möge.

Als das Haus gerichtet war und der bänderverzierte Maien vom Giebel prangte, machte sich Diethelm mit den Seinen auf nach Wildbad, die warme Quelle sollte Diethelm von seinem Frost und der Wunde heilen und sollte die tote Hand Marthas neu beleben. Am hoffnungsreichsten aber war Fränz, sie bedurfte der warmen Quelle nicht; ihrer harrte dort der Rautenkranzjohn und, nicht zu vergessen, auch der Amtsverweser. Fortsetzung folgt.

dem Reiche aus der Besitzsteuer zu geben, was dem Reiche von Rechts wegen zukommt, auf der anderen Seite aber den Bundesstaaten die volle Gesetzgebung, Veranlagung und Verwaltung der laufenden direkten Steuern zu erhalten."

Wie man sieht, will Jedlitz von einer Reichs-Vermögens- oder -Einkommensteuer auch noch nichts wissen, aber Zuschläge zur staatlichen Besitzsteuer will er dem Reiche zugestehen. Das ist jedenfalls eine bedeutsame Abwandlung der bisherigen konservativen Haltung.

Ein Gesellschaftsskandal.

Vor der 17. Zivilkammer des Berliner Landgerichts I gelangte ein interessanter Beleidigungsprozeß zur Verhandlung, in den erste Berliner Gesellschaftskreise verwickelt sind und aus dem — nach allen Anzeichen — sich noch eine Reihe weiterer Zivil- und Strafprozesse ergeben dürfte. Es handelt sich um die Klagesache des Barons Walter v. Radeck gegen den Sohn des derzeitigen deutschen Botschafters in Konstantinopel von Bernstorff, den Grafen Günther v. Bernstorff, ferner die aus Amerika stammende Mrs. Vivienne Marguerite Burton, geschiedene Baronin von Radeck und jetzige Gräfin Bernstorff und 16 Mitglieder der Berliner Gesellschaft bezw. der Berliner Lebewelt. Sie alle sind beschuldigt, gegen den Baron v. Radeck eine Reihe schwerwiegender Beleidigungen und Verleumdungen ausgesprochen und verbreitet zu haben. Der Antrag des Klägers geht dahin, das Zivilgericht möge auf Unterlassung der Weiterverbreitung dieser ehrenrührigen Behauptungen bezw. Schadenersatz erkennen.

Unter den Beschuldigten steht an erster Stelle der zurzeit in einer Heilanstalt befindliche Prinz Albert zu Schleswig-Holstein. Der zweite Mitangeschuldigte ist der Bruder des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann, Herr v. Kühlmann, der im Verein mit dem Rittmeister von Hoff vom stellvertretenden Generalstabe in Berlin, einer Frau Igna von Völlnack geb. Wesendonk, der Gattin des Bankdirektors Heinemann-Berlin, dem bekannten Berliner Bildhauer Professor Schott und seiner Frau, dem Baron Ohlen, der Freifrau von Falkenhausen, dem Baron von Schneider-Glend, der Baronin von Beaulieu-Marconnay, einem Fräulein von Radeck, der Stiefschwester des Klägers, und einem gewissen Tetelmann aus Russisch-Polen u. a. folgende Behauptungen über den Baron von Radeck verbreitet haben sollen: Der Kläger, der vor dem Kriege in England lebte, sei ein Spion, er lebe von Frauen, er führe den Baronstitel zu unrecht, er unterhalte ein inzestiöses Verhältnis mit einer Wiener Gräfin und sei wegen strafbarer Handlungen aus der Armee entfernt.

Aus der einleitenden Sachdarstellung des Notars Dr. Max Roosen-Hamburg ging hervor, daß Baron von Radeck bei den Gardekürassierern in Potsdam gestanden hat, dann nach England gegangen ist und sich hier im Jahre 1912 mit Marguerite Vivienne Burton verheiratete, die aus Burlington im Staate New-Jersey (Nordamerika) stammt und in erster Ehe mit einem Miner Birch verheiratet war. Neben einem Hause in London habe Baron von Radeck auch das Gut Wölfesgrund in Schlesien besessen und sei sofort nach Kriegsausbruch in die Armee eingetreten, wo er sich in den Flandernschlachten mehrfach ausgezeichnet habe. Während er jedoch in den Schützengräben vor Ypern gelegen habe, hätte sich der Sohn des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Graf Günther von Bernstorff, an seine (Radecks) Frau herangemacht. Er habe sie im Hotel Adlon in Berlin besucht, mit Blumen und Süßigkeiten überschüttet und ihr eingeredet, daß ihr Ehemann (von Radeck) ein gefährlicher Mensch sei und daß er — Bernstorff — als Sohn eines deutschen Botschafters alle Mittel anwenden könnte, um ihren Mann in der Gesellschaft unmöglich zu machen. Eines Tages habe dann der Kläger im Schützengraben einen Brief seiner Frau erhalten, in dem sie ihm schrieb, sie wünsche wieder frei zu sein. Baron von Radeck sei daraufhin in seiner exponierten Stellung am Ypern-Kanal zusammengebrochen und nach Berlin beurlaubt worden. Hier habe er erfahren, daß nicht nur Graf Bernstorff seine Frau im Hotel Adlon besucht, sondern diese auch den Grafen Bernstorff im Habsburger Hof aufgesucht habe.

Eines Tages im März 1916 habe Radeck dann seine Frau in dem Hause des Grafen Bernstorff im Grunewald verschwinden sehen. Als er an die Tür klopfte, habe er seine Frau dem Grafen Bernstorff auf englisch zurufen hören: „Stecken Sie Ihren Revolver in Ihre Tasche!" Herr von Radeck sei dann in den Salon eingetreten, wo er den Grafen und seine Frau antraf. In ihrer Gegenwart habe er dem Grafen erklärt: „Daß Sie meine Frau lieben und heiraten wollen, begreife ich, aber daß Sie sie in dieser Weise kompromittieren, ist eine niedrige Handlungsweise. Sie sind der größte Schuft der Welt!" **Darauf habe Baron von Radeck den Grafen Bernstorff grobrfeigt, ihm ein Achselstück von der Uniform gerissen und den Revolver fortgenommen.** Dann habe er die Angelegenheit sofort dem Ehrenrat seines Bezirkskommandos mitgeteilt, da er erwartete, daß Graf Bernstorff ihm seine Zeugen schicken würde. Statt dessen sei zwölf Tage später Graf Bernstorff bei Baron von Radeck im Hotel Kaiserhof erschienen und habe an ihn das naive Ansuchen gestellt, sich scheiden zu lassen, damit Graf Bernstorff seine Frau heiraten könne. Auch habe Graf Bernstorff ihn gebeten, die Ehrenratssache durch einen Besuch bei dem damaligen Generalstabschef Generaloberst von Moltke beizulegen. Dieser erklärte jedoch, in der Sache nichts tun zu können, worauf es zwischen den beiden Gegnern zu weiteren Auseinandersetzungen kam, die u. a. zu einer Herausforderung des Barons von Radeck an den Grafen Bernstorff und zu einer Selbstanzeige von Radecks wegen Spionage führte. Inzwischen klagte die Baronin auf Ehescheidung, die auch, jedoch zu ihren Ungunsten ausgesprochen wurde. Bei dieser Gelegenheit wurden zugleich auch alle gegen den Baron von Radeck seitens des Grafen Bernstorff erhobenen Beschuldigungen durch eingehende Zeugenvernehmungen widerlegt. Der Kläger habe dann den Botschafter in Konstantinopel brieflich gebeten, seinen Sohn von dem Verkehr mit seiner, Radecks, Frau abzuraten. Darauf habe er jedoch keine Antwort erhalten. Vielmehr wurde bald darauf, und zwar nachdem Graf Günther Bernstorff die geschiedene Baronin Radeck geheiratet hatte, innerhalb der Berliner Gesellschaft eine den Kläger schwer beleidigende Broschüre in Umlauf gebracht, die auch an die Front und auf das Gut des Klägers nach Schlesien gelangte. Der Inhalt der Broschüre ist, wie Dr. Roosen behauptet, durch sämtliche Beschuldigten verbreitet worden. Wie der Anwalt weiterhin anführt, hat sich auch kein einziger der Beschuldigten bisher zu einer Erklärung über dieses Vergehen herbeigelassen oder aber den Urheber und Verbreiter der Broschüre genannt. Er verlangt daher von sämtlichen Beschuldigten in erster Linie eine Erklärung darüber, daß sie an dem Verleumdungsfeldzuge nicht beteiligt seien, und zwar unter Ableistung des ihnen darüber zugeschobenen Eides oder aber die Zurücknahme ihrer Behauptungen und Tragung der Kosten des Verfahrens.

Wie Dr. Roosen noch betonte, legt der Kläger Wert auf die Feststellung, daß Radeck nicht aus der Armee entfernt sei, daß dagegen Graf Günther Bernstorff inzwischen den schlichten Abschied erhalten habe. Hierzu benennt der Anwalt eine Reihe von Zeugen. Das Gericht beschloß, alsdann die Aussetzung mit Rücksicht auf noch bestehende Unklarheiten juristischer Natur

Ernährungsfragen.

Die Städte gegen den Antrag Rösicke.

Nachdem sich schon die Stadt Berlin gegen den Antrag Rösicke ausgesprochen hat, ist nun auch die Rheinisch-Westfälische Städtevereinigung zu einer Ablehnung dieser Vorschläge gekommen. Die genannte Vereinigung bezeichnet das gegenwärtige System der Kriegswirtschaft unentbehrlich, solange die Unmöglichkeit besteht, Angebot und Nachfrage frei auszugleichen. Die Uebelstände liegen zum großen Teil daran, daß das System nicht folgerichtig und entschieden genug durchgeführt und daß es nicht elastisch genug arbeitet. Die von dem Antrag Rösicke verlangte Verfütterung eines Teiles des Getreides aus der öffentlichen Bewirtschaftung würde in der Brotversorgung eine heillose Verwirrung hervorrufen. Die von Rösicke verlangte Zuschußpolitik würde die Ernährungskosten zum großen Teil auf das Reich und auf die Gemeinden abwälzen. Sie sei von Grund aus zu verwerfen.

Zur Volksernährung.

Neben dem Abg. Dr. Rösicke hat auch der fortschrittliche Abg. Fegter einen Ernährungsantrag eingebracht, und zwar in der Unterkommission des Ernährungsausschusses des Reichstages. Er lautet:

„Nur wenn die Zahl der fressenden Mäuler in ein richtiges Verhältnis gebracht wird zu den vorhandenen Vorräten, ist bei unserer wirtschaftlich abgesperrten Lage eine dauernde Sicherung unserer Volksernährung möglich. Es muß also darauf Bedacht genommen werden, daß im Oktober der Schweinebestand nicht über 8 Millionen Stück und Rindviehbestand nicht über 18 Millionen Stück beträgt. Diesen Viehbestand, keinen höheren, vorausgesetzt, würde ich folgendes empfehlen:

1. **Die gesamte Ernte an Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Rüben und sonstigen Hackfrüchten und Gemüsen wird bis zur restlosen Ablieferung der Landumlage beschlagnahmt.**

2. Der Bedarf des Heeres und der versorgungsberechtigten Bevölkerung an diesen Nahrungsmitteln wird von dem Kriegsernährungsamt festgestellt und unter Zuschlag von 10 Prozent Sicherung auf die Bundesstaaten als Landumlage umgelegt, von diesen auf die Provinzen, von diesen auf die Kreise und von diesen auf die Gemeinden; innerhalb der Gemeinden auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe, nach einem kombinierten Schlüssel, der errechnet ist nach der Fläche und der Durchschnittsernte der letzten drei Jahre. Bei Betrieben, in denen weniger als ein Stück Großvieh pro Hektar gehalten wird, kann die Landumlage um 10 Prozent erhöht werden, ebenso bei Betrieben, in denen die Kopfzahl der Selbstversorger pro Hektar unter ½ bleibt. Die Landumlage kann ermäßigt werden für Zwergbetriebe.

3. Innerhalb der Gemeinde sind die sämtlichen landwirtschaftlichen Betriebsinhaber solidarisch haftbar für die richtige und rechtzeitige Ablieferung der Landumlage.

4. Was nach Ablieferung der Landumlage an den genannten Nahrungsmitteln noch übrig bleibt, darf im eigenen Betriebe verwertet werden, kann an den Kreiskommunalverband zu einem erhöhten Preise (Warum denn zu einem erhöhten Preise? Red.), der vom Kriegsernährungsamt festgesetzt wird, verkauft werden. Auch ein Verkauf von Betrieb zu Betrieb ist gestattet, aber nur mit Genehmigung des Kreiskommunalverbandes.

Uebertretungen dieser Anordnungen werden mit Gefängnis und Einziehung der widerrechtlich veräußerten Nahrungsmittel oder deren Wert bestraft."

Die Richtpreise für Obst

stehen allem Anscheine nach wieder nur auf dem Papier, und zwar zum guten Teil deswegen, weil die Preisprüfungsstellen nach keine Groß- und Kleinhandelspreise auf der Grundlage der Erzeugerrichtpreise, die bereits am 6. Mai im Reichsanzeiger veröffentlicht wurden, festgesetzt haben.

Für reife und unreife Stachelbeeren beträgt der Erzeugerrichtpreis 35 Pfg. Den Verbrauchern werden aber 1,20—1,30 Mk. abgenommen. Für Kirschen gilt der Richtpreis von höchstens 45 Pfg. Die ersten Frühkir[illegible] mußten vom Konsumenten mit 2,50 Mk. bezahlt werden. D[illegible]iegsausschuß für Konsumentenin[illegible]teressen fordert berechtigter[illegible] daß die Preisprüfungsstellen ihre Beratungen schleunigst e[illegible]n und dem Obstwucher ein Ende bereiten. Die baldige P[illegible]er Handelspreise muß auch im Interesse der Erzeuger ge[illegible]rden, die mit Recht bitter fragen, weshalb man dem Ha[illegible] Vielfaches des Erzeugerpreises als Gewinn stillschweige[illegible]billigt.

Aus Na[illegible] und Fern.

St. Michaelisdonn. Ein großer Waldbrand entstand in den später Nachmittagsstunden im Bereich der Försterei Christiansluft, unmittelbar am Wege nach Kuden, rechts von der neuen Bahnstrecke St. Michaelisdonn-Burg. Große Teile von Tannen und Tannenschonungen wurden ein Raub der Flammen. Die umliegenden Ortschaften wurden dann alarmiert und bald eilten Hilfsmannschaften, darunter auch gefangene Russen, an die Brandstelle. Um neun Uhr abends wütete das Feuer noch fort. Zirka 20 Morgen Bestand sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Am nächsten Nachmittag scheint der Waldbrand wieder ein neues Gebiet ergriffen zu haben, denn in derselben Richtung sieht man Rauchwolken aufsteigen.

Brandkatastrophe. Ein ungeheurer Brand in der Nähe des Bahnhofes der Eisenbahn Kasan-Moskau am 26. Mai erzeugte starke Explosionen von Artilleriemunition in vielen Dutzend Wagen. 35 Wagen mit brennbarem Material und Vorräten verbrannten. Dutzende von Menschen sind vermutlich umgekommen.

Schweres Eisenbahnunglück in Ungarn. Am Dienstag ereignete sich, wie der „Voss. Ztg." aus Budapest gedrahtet wird, auf dem Bahnhof Barkanynara, wo zahlreiche Reisende das Eintreffen des Budapester Nachtzuges erwarteten, ein großes Eisenbahnunglück. Nach dem Eintreffen dieses Zuges kam aus entgegengesetzter Richtung eine Lokomotive, die in die Menge hineinfuhr. Vier Personen wurden getötet, 20 verletzt.

Weiteres Fortschreiten der Epidemie in Spanien. Madrider Blätter berichten aus Madrid, daß die Epidemie weiter Fortschritte macht. In Madrid sind über 120 000 Personen erkrankt. Die Epidemie greift auch auf die Tiere über. Aus der Provinz wird gleichfalls ein Umsichgreifen gemeldet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Mittwoch abend 10 Uhr entschlief sanft und ruhig nach kurzer schwerer Krankheit in seinem 56. Lebensjahre mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Heizer (2548

Gottlieb Losch

Dies zeigen tiefbetrübten Herzens an
Wilhelmine Losch geb. Harder.
Gustav Losch, zurzeit im Felde, **und Frau.**
Hermann Losch, zurzeit im Felde
u. alle, die ihm nahe standen.
Die Trauerfeier findet am Dienstag um 2½ Uhr in der Vorwerker Friedhofskapelle statt.

Freibank. Ausgabe v. Freibankfleisch am Sonnabend, d. 1. Juni, vorm. 9 Uhr, für d. Nr. 701—750. **Der Verkauf findet in der Fleischverkaufshalle auf dem Schlachthofe statt.** (2535

Suche sofort 2557
2 Maurer
Beköstigung wird gegeben.
Näheres Delzerstr. 21a.

Eine fast neue Sportkarre
zu verkaufen (2529
Margaretenstr. 7a, I.

ff. Schwarzsauer Pfund 50 Pfg.
Eine Schweiker Milchziege.
2558) Hüxstraße 83—85.

Haltbare Hosenträger
mit Leder und gutem Gummi
Aug. Janensch,
Sandstraße 6. (2542

Für unser Werk Würgendorf (Bahnstrecke Köln-Gießen) werden zum sofortigen Eintritt
200 Mädchen
über 18 Jahre und
100 kräftige Arbeiter
gesucht.
Sprengstoffabriken Hoppecke Akt.-Gesellschaft
Würgendorf (Kreis Siegen). 2552

Durch die fortgesetzt steigenden Unkosten sehen wir uns genötigt, von heute an die Preise für
kleine Selters um **1** Pfg.
kleine Brause um **2** Pfg.
große Selters um **1** Pfg.
große Brause um **5** Pfg.
zu erhöhen.
Wir werden wie bisher ein Flaschenpfand von 10 Pfg. berechnen, machen jedoch darauf aufmerksam, dass die Flaschen hierdurch nicht in den Besitz des Pfandgebers übergehen, sondern stets Eigentum der liefernden Firma bleiben.
Nicht zurückgelieferte Flaschen werden zum heutigen Tagespreis mit 50 Pfg. per Stück berechnet.
Vereinigte Mineralwasser-Fabrikanten von Lübeck und Umgegend.
Oskar Domnick & Co., H. Fahrinkrug, J. Happ & Linnartz, Friedr. Höppner, Heinrich Hormann, Paul Hormann, Theod. Lemcke, Friedr. Lorenz, Martin Meyer, H. Schmill, Rensefeld, J. C. Wessel, Herm. Wilde. 2555

Der neue Kriegs-Atlas
bedeutend erweitert, jetzt 66 Karten von allen Kriegsschauplätzen sowie von den neugebildeten Staaten im Osten ist wieder vorrätig.
Preis Mk. 1.50.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Veranstaltung des Landst.-Inf.-Ers.-Batl. Lübeck IX 33 zugunsten der Ludendorff-Spende. 2544
Stadthallentheater
Gastspiel der Gesellschaft für dramat. Kunst zu Hamburg.
Montag, 3. Juni 1918
abends 8 Uhr:
De Fährkrog.
En Spel in dre Akten von Hermann Boßdorf.
Musik von Horst Platen.
Vorverkauf d. Eintrittskarten an d. Kasse d. Stadthallentheat.

HANSA-THEATER.
Operetten-Gastspiel. 2547
Freitag, den 31. Mai, abends 8 Uhr:
Zum letzten Male:
Liebe im Schnee.
Sonnabend, den 1. Juni, abends 8 Uhr:
Neu! Zum ersten Male! Neu!
Warum geht's denn jetzt?
Operette in 3 Akten von Edm. Eysler.
Sonntag, den 2. Juni, abends 8 Uhr:
Warum geht's denn jetzt?
Montag, den 3. Juni, abends 8 Uhr:
Warum geht's denn jetzt?